

Abschlussbericht

Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog



DBU-Aktenzeichen: 32681/01 – 42

Verfasser: Anna-Kristin Jolk, Vera Völker (Projektleitung), Luise Willen
Kapitel 3.3.2 bis 3.3.6 unter Mitwirkung von Prof. Dr.-Ing. Marc Illgen
(Dahlem Beratende Ingenieure GmbH & Co. Wasserwirtschaft KG)

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

Laufzeit des Vorhabens: 15.02.2016 bis 31.03.2018

Köln 2018

Inhalt

Kurzfassung des Berichts	4
1. Anlass und Zielsetzung des Projekts	5
2. Arbeitsschritte und angewendete Methoden	6
2.1 Projektbegleitender Arbeitskreis	7
2.2 Werkstätten in Modellkommunen	9
2.2.1 Auswahl, Ansprache und Einwerben der Modellkommunen.....	10
2.2.2 Werkstatt-Runde I: Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung	13
2.2.3 Werkstatt-Runde II: Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung	18
2.3 Abschlussveranstaltung	24
2.4 Veröffentlichung.....	27
3. Projektergebnisse.....	29
3.1 Zielerreichung durch Forschungsansatz.....	29
3.2 Methodisches Herangehen zum Einstieg in Überflutungsvorsorge.....	29
3.2.1 Baustein „Blau-Rot-Grün-Dialog“ – Interdisziplinär arbeiten	30
3.2.2 Baustein „Externer Input“ – Wissen aufbauen.....	30
3.2.3 Baustein „Sprechstunde“ – Lösungsansätze finden	31
3.2.4 Baustein „Anliegen und Rollen klären“ – Themen sammeln	31
3.2.5 Baustein „Planspiel-Übung“ – Lösungen einüben	32
3.3 Fachliche Aspekte als Ergebnisse aus den Werkstätten	34
3.3.1 FAQ-Liste	35
3.3.2 Prozess und Organisation	36
3.3.3 Rechtliche Aspekte	37
3.3.4 Finanzielle Aspekte	38
3.3.5 Planungskriterien und Umsetzung	40
3.3.6 Betrieb und Unterhaltung	42
3.4 Charakterisierung der 15 Modellkommunen	44
3.5 Kommunale Anliegen als Handlungsgrundlage und Prioritätenliste	45
3.6 Erfahrungen der 15 Modellkommunen im Dialogprozess	48
3.7 Empfehlungen durch zielgruppenspezifische Publikation	55
4. Öffentlichkeitsarbeit	56
5. Kritische Reflexion und Fazit.....	61
6. Literatur-, Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	65

Kurzfassung des Berichts

In den vergangenen Jahren haben Starkregenereignisse immer häufiger zu schweren Überflutungen in den Siedlungsbereichen der Kommunen geführt. Während einige Städte bereits sehr engagiert nach Lösungen suchen, sind die Überflutungsvorsorge und der Umgang mit extremen Starkregenereignissen bei der Mehrheit der Kommunen bislang kaum im Bewusstsein. Vor diesem Hintergrund führte das Difu das Projekt „Kommunale Überflutungsvorsorge - Planer im Dialog“ durch. Im Mittelpunkt des Vorhabens stand das Ziel ausgewählten Kommunen konkrete Unterstützung bei der Einführung und Optimierung geeigneter Strukturen, Prozesse und Methoden einer koordinierten Überflutungsvorsorge zu geben. Angelehnt an die Planspiel-Methode bearbeiteten Vertreterinnen und Vertreter aus den Planungs-, Umwelt- und Baurechts sowie den Stadtentwässerungsabteilungen bzw. – falls ausgegliedert – den Stadtentwässerungsbetrieben von 15 ausgewählten Städten konkrete Aufgabenstellungen in eintägigen Werkstätten. Im Sinne einer ausgewogenen regionalen Verteilung wurden mit **Bonn, Dresden, Hagen, Hannover, Jena, Kaiserslautern, Kiel, Köln, Ludwigshafen, Lübeck, Magdeburg, Nürnberg, Oldenburg, Solingen und Stuttgart** Städte mit einer möglichst großen Bandbreite unterschiedlicher Rahmenbedingungen und Erfahrungsstände bezüglich der Überflutungsvorsorge für die Mitwirkung am Projekt ausgewählt.

Die im Projekt „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog“ durchgeführten Werkstätten haben gezeigt, dass ein moderierter fachlicher Austausch und ein gemeinsames interdisziplinäres Arbeiten an konkreten planerischen und umsetzungsorientierten Aufgabenstellungen (z.B. in Planspiel-Übungen) wertvolle (erste) Schritte auf dem Weg zur wirksamen Vorsorge vor starkregenbedingten Überflutungen darstellen können. Der fachliche und interdisziplinäre Austausch zwischen unterschiedlichen Kommunen – sowohl interkommunal als auch ressortübergreifend – hat sich für das Thema damit als zielführend und gelungen gezeigt. Im Projekt konnten durch die gewählte methodische Herangehensweise, die Zusammenarbeit mit 15 Kommunen und den unterschiedlichen Ressorts sowohl methodische als auch fachliche Ergebnisse erzielt werden. Die im Rahmen des Vorhabens entwickelten Werkstatt-Konzepte mit ihren Bausteinen „Blau-Rot-Grün-Dialog“, „Externer Input“, „Sprechstunde“, „Anliegen und Rollen klären“ und „Planspiel-Übung“ wurden als „Werkstatt-to-go“ für Kommunen aufbereitet. Aus den zahlreichen, im Rahmen der Werkstätten geführten Diskussionen wurde eine FAQ-Liste entwickelt, die zentrale Fragen und Antworten zu den Themenblöcken Prozess und Organisation, rechtliche Aspekte, finanzielle Aspekte, Planungskriterien und Umsetzung sowie Betrieb und Unterhaltung enthält.

Es wurde deutlich, dass Kommunen oftmals eine sehr individuelle, auf die konkrete Situation vor Ort bezogene Beratung und einen anlass- bzw. projektbezogenen Erfahrungs- und Wissensaustausch benötigen. Ein immer wieder geäußertes, an Politik und Forschung gerichteter Wunsch der Kommunen ist die ausführliche Dokumentation von guten Praxisbeispielen einschließlich des verwaltungsinternen Vorgehens – aber auch von Stolpersteinen und Problemen. Zur Bewältigung der Herausforderungen ist vor allem eine Anerkennung der Aufgabe Überflutungsvorsorge durch die Stadtspitze erforderlich.

1. Anlass und Zielsetzung des Projekts

Ziel des Projekts „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog“ war es, einerseits ausgewählten Kommunen konkrete Unterstützung bei der Einführung und Optimierung geeigneter Strukturen, Prozesse und Methoden einer koordinierten Überflutungsvorsorge zu geben. Andererseits sollten übertragbare Lösungsansätze für alle interessierten Kommunen entwickelt werden.

Das Thema „Kommunale Überflutungsvorsorge“ wurde im Rahmen eines moderierten Erfahrungsaustauschs (eintägige Werkstätten) mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Stadtentwässerungs-, Planungs-, Umwelt- und Baurechtsabteilungen ausgewählter Städte mit folgenden Zielstellungen behandelt:

- Bewusstseinsbildung und Erfahrungsaustausch der beteiligten Kommunen,
- Wissenstransfer: Stand der Forschung zu Kommunalen Überflutungsvorsorge,
- Definition und Vorstellung von positiven Vorgehensweisen,
- Identifikation und Bewertung von Hemmnissen und Defiziten,
- Entwicklung von (übertragbaren) Lösungsansätzen,
- Identifikation von Potenzialen und Zukunftsperspektiven.

Um die Ergebnisse allen interessierten Kommunen zugänglich zu machen und möglichst öffentlichkeitswirksam zu verbreiten, wurde der moderierte Erfahrungsaustausch analysiert und in einer Veröffentlichung mit inhaltlichen und methodischen Empfehlungen aufbereitet. Zudem wurden die Ergebnisse auf einer abschließenden Fachtagung vorgestellt, die in Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg durchgeführt wurde.

2. Arbeitsschritte und angewendete Methoden

Das Projekt, das für eine Laufzeit von 24 Monaten geplant wurde, war in fünf Arbeitspakete mit entsprechenden Arbeitsschritten gegliedert: Projektmanagement, Vorbereitung von Werkstätten, Durchführung und Auswertung der Werkstätten, Erstellung von Thesen und Handlungsempfehlungen, Ergebnispräsentation/Abschlussveranstaltung. Im Arbeitspaket Projektmanagement waren neben der Projektsteuerung insbesondere die Arbeitsschritte Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Treffen des projektbegleitenden Arbeitskreises sowie das Berichtswesen vorgesehen. Die Vorbereitung der Werkstätten umfasste sowohl die Einwerbung der Modellkommunen als auch die inhaltliche Konzeption und organisatorische Vorbereitung der insgesamt 8 Werkstätten.

Arbeitspakete / Arbeitsschritte	Zeitliche Dauer
1. Auswahl, Ansprache und Einwerben der Modellkommunen	8 Monate zu Beginn des Projekts
2. Vorbereitung der Werkstätten	11 Monate im Anschluss an 1.
3. Durchführung und parallele Auswertung und Analyse der Werkstätten	15 Monate ab September 2016 (7. Projektmonat)
4. Vorbereitung und Durchführung der Fachtagung/Abschlussveranstaltung	12 Monate Planungsvorlauf bis 26.2.2018
5. Erstellen der Veröffentlichung	5 Monate bis Projektende

Tabelle 1: Arbeitspakete und -schritte und ihre zeitliche Einordnung und Dauer

Methodisch wurde in Werkstätten gearbeitet, in denen fachliche Inputs sich mit Experten-Beratungen und Planspiel-Übungen abwechselten.

2.1 Projektbegleitender Arbeitskreis

Für das Projekt wurde ein begleitender Arbeitskreis eingerichtet, der aus den Projektbearbeiterinnen des Difu, jeweils einem Vertreter der Deutsche Vereinigung für Wasser und Abfall e.V. (DWA) und des Deutschen Städtetages, zwei Vertretern der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, einem Vertreter des Ingenieurbüros Dahlem Beratende Ingenieure und von der DBU als Fördermittelgeber zusammengesetzt war. Der Arbeitskreis hatte beratende Funktion. So konnten wichtige Hinweise aus der Praxis einfließen, wissenschaftlicher und institutioneller Rat eingeholt sowie Zwischenergebnisse und das weitere Vorgehen diskutiert werden. Der Arbeitskreis tagte drei Mal während der gesamten Projektlaufzeit. Während die erste Sitzung vordringlich der Diskussion zur Auswahl der am Projekt zu beteiligenden Modellkommunen sowie der Beratung des Werkstatt-Konzeptes diente, stand im Rahmen der zweiten Sitzung die Reflexion der ersten Werkstatt-Runde (Werkstätten 1 bis 4 in den vier Regionen zum Thema „Neubau“) und die Vorbereitung der zweiten Werkstatt-Runde (Werkstätten 5 bis 8 in den vier Regionen zum Thema „Bestand“) im Mittelpunkt. Die dritte und abschließende Sitzung des Arbeitskreises diente der Vorbereitung der Abschlussveranstaltung sowie der Reflexion und Diskussion der Handlungsempfehlungen.

	Termin	Tagesordnungspunkte
1. Arbeitskreissitzung	05.04.2016	Projektvorstellung und aktueller Stand, Sammlung und Auswahl von Modellkommunen, Werkstattkonzept und Planspiel-Übung, nächste Schritte und Termine im Projekt
2. Arbeitskreissitzung	20.03.2017	Aktueller Stand im Projekt, Reflexion der ersten Werkstatt-Runde zum Neubau, Resümee zu Inhalt und Methodik, Konzeption der zweiten Werkstatt-Runde zum Bestand, erste Ideen zur Veröffentlichung von Handlungsempfehlungen, Konzeption und Organisation der Abschlussveranstaltung, nächste Schritte und Termine im Projekt
3. Arbeitskreissitzung	23.10.2017	Aktueller Stand im Projekt, Reflexion der zweiten Werkstatt-Runde zum Bestand, Veröffentlichung von Projektergebnissen und Handlungsempfehlungen, Konzept und Organisation der Abschlussveranstaltung

Tabelle 2: Sitzungen des projektbegleitenden Arbeitskreises

Neben den jeweils im Arbeitskreis geführten reflexiven Diskussionen und Beratungen des weiteren Vorgehens wurden immer wieder auch Inhalte und Fragestellungen der kommunalen Überflutungsvorsorge diskutiert. So wurde im Rahmen der ersten Sitzung des projektbegleitenden Arbeitskreises eine Sammlung von möglichen Planspiel-Situationen und Themen diskutiert, die bei der Vorbereitung der Werkstätten berücksichtigt wurde und nach Möglichkeit in die Diskussionen der kommunalen Teilnehmenden Eingang fand:

-
- Kleines Erschließungsgebiet planen (Einsatz multifunktionaler Flächennutzung, Fließwege, Festsetzungen, Beschilderung, Betrieb u.a.);
 - Überflutungsvorsorgegerechte Erneuerung einer Straße im Quartier;
 - Straßen als Notentwässerungswege planen: Baumplanung, Finanzierung;
 - Neuralgische Punkte verbessern: Unterführungen sichern, Umgang im Katastrophenfall;
 - Planung einer Schule/eines Schulerweiterungsbaus: Entwässerungskonzept, Schulhofgestaltung, Sicherheit, Finanzen, PPP;
 - Planung/Umgestaltung eines öffentlichen Platzes: Anlage von Grünflächen, Gestaltung, Betrieb, Spielplatzanlage, multifunktionale Flächennutzung, rechtliche Situation;
 - Information der kommunalen Politik und der Bürgerschaft.

Die entscheidenden Ergebnisse und Beschlüsse des projektbegleitenden Arbeitskreis sind im Folgenden in den entsprechenden Kapiteln in den Text mit eingeflossen.

2.2 Werkstätten in Modellkommunen

Die im Projekt vorgesehenen acht Werkstätten wurden in vier Regionen Deutschlands mit jeweils vier Kommunen durchgeführt. Die Analyse der jeweils ersten Werkstatt zum Thema Neubau bildete die Basis für die zweite Werkstatt zum Thema Bestand. Beide Veranstaltungen zu Neubau und Bestand wurden mit möglichst gleichem Teilnehmerkreis durchgeführt. Damit fanden in jeder Region zwei inhaltlich aufeinander aufbauende Werkstätten statt, die auch personell Kontinuität, Stringenz und Weiterentwicklung zeigten.

Kern der acht Werkstätten waren jeweils zwei Arbeitseinheiten, die in Anlehnung an die Planspielmethode konzipiert wurden. Die Arbeit erfolgte experimentell an konkreten (Plan)Beispielen und Maßnahmen. Ziele der Arbeitseinheiten waren eine bessere Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachbereiche im Planungsalltag und das Identifizieren von Problemen und Hemmnissen bei Zusammenarbeit und Umsetzung (z.B. rechtliche Rahmenbedingungen; Trennung von Zuständigkeit, Finanzierung und Profit). Lösungen von technischen und rechtlichen Problemen konnten nur beispielhaft ausgearbeitet werden, der Fokus des Projekts lag klar auf den Themen Prozessmanagement und neue Kooperationen.

Der Programmablauf wurde für jeweils alle vier Werkstätten der Runde I mit Fokus auf den Neubau und Runde II mit Fokus auf den Bestand ähnlich gestaltet. Die erste Arbeitseinheit fand in ressortbezogenen Arbeitsgruppen statt, während in der zweiten Einheit die Vertreter der beteiligten Kommunen in Gruppen zusammenarbeiteten.

Um den Planungsalltag bestmöglich abzubilden, wurden für die Arbeitseinheiten nach Möglichkeit Materialien und Planungsvorhaben aus den beteiligten Städten verwendet, um konkreter an der Identifizierung positiver Vorgehensweisen und Hemmnissen sowie der Entwicklung von Lösungsansätzen arbeiten zu können. Für die erste Werkstatt-Runde bereitete das Difu eine auf realen Planungsgrundlagen beruhende Planungs- bzw. Arbeitssituation vor, die von den Teilnehmenden anhand von Arbeitsfragen diskutiert wurde.

Im Rahmen der zweiten Werkstatt-Runde wurde die Möglichkeit genutzt, zusätzlich zum Input von Herrn Prof. Marc Illgen einen weiteren Input und damit zusätzliche fachliche Beratung einzubauen. Damit wurde dem Projektziel „Definition und Vorstellung von positiven Vorgehensweisen“ Rechnung getragen.

Anliegen in Bezug auf die kommunale Überflutungsvorsorge aus der ersten Werkstatt wurden aufbereitet, in der zweiten Werkstatt-Runde wieder zur Verfügung gestellt und fortentwickelt, um sie im weiteren Vorgehen in die Analyse der Veranstaltungen und die Handlungsempfehlungen einzufließen zu lassen.

Die Werkstätten der Runde I und II wurden vom Difu protokolliert, anschaulich dokumentiert, den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt und nur zur projektinternen Analyse weiterverwendet. Das Protokoll wurde den Teilnehmenden mit der Möglichkeit zur Kommentierung und Korrektur zugesandt. Die Inhalte der Protokolle wurden nur für die projektinterne Analyse verwendet.

2.2.1 Auswahl, Ansprache und Einwerben der Modellkommunen

Geplant war, im Projekt Mitarbeitende aus insgesamt 16 Modellkommunen aus vier Regionen einzubinden. Aus jeder Kommune sollten jeweils die Bereiche Entwässerung, Stadtplanung, Umwelt/Grünflächenplanung, Straßenbau und Bauaufsicht/Bauordnung vertreten sein, d.h. bis zu fünf Teilnehmende aus jeder Stadt. Damit soll der kommunalen Gemeinschaftsaufgabe „Überflutungsvorsorge“ Rechnung getragen werden. Die Teilnehmerzahl von 20 insgesamt sollte nur in dringenden Fällen und auch nur geringfügig überschritten werden, da ein zielführendes Arbeiten in Kleingruppen ansonsten schwierig gewährleistet werden kann.

Landkreise und kleine Gemeinden wurden bereits im Vorfeld von der Auswahl ausgeschlossen, da sie – und dies gilt insbesondere für die Landkreise – andere Organisationsstrukturen und damit auch ein anderes Aufgabenspektrum aufweisen. Mit der Bündelung von jeweils vier Städten zu Regionen konnte eine kurze Anfahrt zu den Werkstätten bei möglichst breiter bundesweiter Verteilung erreicht werden. Nachfolgende Matrix zeigt eine Übersicht der zwei Werkstatt-Runden in vier Regionen.

	Region A	Region B	Region C	Region D
Werkstatt 1 <i>Neubau</i>	Städte 1 bis 4 20 TN	Städte 5 bis 8 20 TN	Städte 9 bis 12 20 TN	Städte 13 bis 16 20 TN
Werkstatt 2 <i>Bestand</i>	Städte 1 bis 4 20 TN	Städte 5 bis 8 20 TN	Städte 9 bis 12 20 TN	Städte 13 bis 16 20 TN

Tabelle 3: Übersicht der zwei Werkstatt-Runden in vier Regionen

Folgende Kriterien wurden – in Absprache mit den Teilnehmenden der ersten Sitzung des projektbegleitenden Arbeitskreises – zur Auswahl der Modellkommunen zugrunde gelegt:

- Bereitschaft zur Mitwirkung,
- Betroffenheit, klimatische Situation,
- Aktivität zum Thema vorhanden oder zumindest geplant (Ziel: Mischung aus bereits aktiven Kommunen und „Startern“),
- Gemeindegrößenklasse (keine kleinen Gemeinden),
- Gemeindestatus (keine Landkreise),
- Lage / Region / Bundesland (regionale Verteilung), u.a. landesrechtliche Vorgaben,
- Verwaltungsstruktur (Stadtentwässerung aus Verwaltung und Haushalt ausgegliedert oder integriert),
- Verteilung von Kommunen, die das Audit-Hochwasser der DWA bereits durchlaufen haben.

Zur Ansprache der Kommunen hat das Difu zudem ein Frageraster erstellt. Dieses Raster diente zum einen der Arbeitserleichterung und der einheitlichen Ansprache der Kommunen,

zum anderen konnten die Ergebnisse von Recherche und Interviews so übersichtlich festgehalten und später verwendet werden. Das Raster ist in die Bereiche Betroffenheit, Bereitschaft zur Mitwirkung, Organisation und Zusammenarbeit innerhalb der Kommune, Werkstätten sowie weitere Absprachen/Ansprechpartner gegliedert.

Das Projekt wurde über die verschiedenen Gremien des Deutschen Städtetages, in denen das Difu vertreten ist, bekannt gemacht. Hierüber erfolgten Interessenbekundungen aus einzelnen Kommunen, die genutzt und über direkte Ansprachen der – in den meisten Fällen – Amtsleiterinnen und Amtsleiter auch erfolgreich in eine Mitwirkung verwandelt werden konnten. Die Mehrheit der Städte wurde, resultierend aus eigenen Kontakten, Fachwissen aus vorausgegangenen Projekten und Recherchen, ausgewählt und gezielt angesprochen. Zudem wurden Hinweise und Anregungen der Mitglieder des projektbegleitenden Arbeitskreises sowie von Kolleginnen und Kollegen genutzt.

Im Rahmen der ersten Sitzung des projektbegleitenden Arbeitskreises erfolgte eine Zusammenstellung und Priorisierung von potenziellen Modellkommunen sowie „Nachrückern“.

Die Ansprache erfolgte in den überwiegenden Fällen über bestehende Kontakte in die Umweltämter. Die Kontakte zur Stadtentwässerung aus dem projektbegleitenden Arbeitskreis konnten zudem genutzt werden, alternativ wurden die Stadtplanungsämter angesprochen.

Es war damit zu rechnen und hat sich auch im Verlauf der Ansprache der Kommunen gezeigt, dass es nicht in allen Fällen möglich ist, fünf Teilnehmende aus den eingangs in Kapitel 2.2 genannten Bereichen aller Kommunen zu gewinnen. Es war jedoch für die Projektergebnisse von besonderer Wichtigkeit, dass dennoch alle fünf Zuständigkeiten (unabhängig von Kommunen) in den jeweiligen Werkstätten insgesamt und im Rahmen von Kleingruppenarbeiten vertreten sind, weswegen bei der Akquise sehr intensiv dafür geworben wurde.

Der Prozess zur Einwerbung der teilnehmenden Kommunen sowie die anschließende Ansprache und Auswahl der einzelnen Teilnehmenden gestaltete sich aufwändig und zeitintensiv. Es hat sich gezeigt, dass – wie erwartet – das Kriterium „Bereitschaft zur Mitwirkung“ das ausschlaggebendste war. Im Vorfeld mussten in einigen Städten zahlreiche Telefonate geführt werden, um die „richtigen“ Ansprechpartner für das Thema zu erreichen. Zwar waren die Bereiche Stadtentwässerung, Stadtplanung und Umwelt/Grünplanung in der Regel gut und teilweise sogar mit zwei Personen vertreten, die Bauordnungs-, Tiefbau- und Straßenbauämter mit insgesamt elf Teilnehmenden bezogen auf alle acht Werkstätten jedoch eher unterrepräsentiert. Aus den Städten Magdeburg und Nürnberg haben jeweils Vertretende der Feuerwehren sehr interessiert und engagiert an den Werkstätten teilgenommen.

Bereits zu Beginn der Einwerbung der Modellkommunen stellte sich heraus, dass neben der Arbeitszeit, die zur Verfügung gestellt werden muss, die Reisekosten ein wesentliches Hemmnis für die Zusage der angefragten Kommunen darstellen. Daher wurde eine Umwidmung von Projektmitteln zugunsten der Reisekosten für die teilnehmenden Kommunen beantragt und bewilligt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die 15 teilnehmenden Kommunen.

	Region West	Region Süd	Region Nord	Region Ost
Städte	Köln (NW)	Ludwigshafen (RP)	Oldenburg (NI)	Magdeburg (ST)
	Bonn (NW)	Kaiserslautern (RP)	Hannover (NI)	Dresden (SN)
	Hagen (NW)	Nürnberg (BY)	Kiel (SH)	Jena (TH)
	Solingen (NW)	Stuttgart (BW)	Lübeck (SH)	

Tabelle 4: Übersicht der 15 am Projekt beteiligten Kommunen

Es erfolgten kurzfristige Absagen der Städte Bremen und Leipzig. Zwar bestand hier in einzelnen Fachämtern und -abteilungen die Bereitschaft am Projekt mitzuwirken, die Verwaltungsspitzen und die Stadtplanungsämter haben jedoch gegen eine Beteiligung gestimmt. Die Stadt Leipzig erteilte ihre Absage aufgrund fehlender Personalkapazitäten. Die Abteilung Stadtplanung Bremens hatte – so wie die anderen angesprochenen Abteilungen Bremens auch – Interesse an einer Mitwirkung. Die Stadtplanung koppelte jedoch ihre Teilnahme an die Bedingung, im Rahmen der Werkstätten an einem geeigneten städtebaulichen Projekt Bremens in frühzeitigem Planungsstadium und mit aufgeworfenen Fragen der Starkregenvorsorge zu arbeiten. Nur so sahen sie die Möglichkeit, Erkenntnisse aus den Werkstätten konkret für ihre praktische Projektarbeit nutzbar zu machen. Die Absage erfolgte, da ein solches Projekt derzeit nicht in Bearbeitung war. Anstelle von Bremen konnte im November 2016 die Stadt Kiel für eine Teilnahme am Projekt gewonnen werden und die Stadt Jena erklärte im gleichen Zeitraum ihre Mitwirkungsbereitschaft in der Region Ost. Aufgrund der Kurzfristigkeit der Absage der Stadt Leipzig war es nicht möglich, für die Region Ost eine vierte Stadt für eine Teilnahme zu gewinnen. Da dies die Analysemöglichkeiten nur geringfügig eingeschränkt hat und der Aufwand für das Einwerben der teilnehmenden Kommunen sehr hoch war, erschien diese Abweichung von den Vierergruppen in den anderen drei Regionen vertretbar.



Abbildung 1: Werkstätten des Projekts in der Übersicht

2.2.2 Werkstatt-Runde I: Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung

Die Tabelle im Folgenden zeigt die vier Werkstätten in den Regionen West, Süd, Nord und Ost zum Thema Neubau in chronologischer Reihenfolge. Die zunächst für den 08.11.2016 in Oldenburg geplante Werkstatt musste aufgrund kurzfristiger Absagen einiger Teilnehmenden bzw. Ressorts und der unsicheren Teilnahme der Stadt Bremen auf einen späteren Termin verschoben werden. Die Verschiebung auf den 31.01.2017 eröffnete die Möglichkeit, die Stadt Kiel einzuwerben und unterschiedliche Ressorts noch für eine Teilnahme zu gewinnen.

In Oldenburg, Ludwigshafen und Magdeburg stellten die Städte kostenfrei Räumlichkeiten zur Verfügung. In Köln konnte auf – für das Difu kostenfreie – Räumlichkeiten des Deutschen Städtetages zurückgegriffen werden.

Region	Termin	Ort	Teilnehmende Kommunen
West	20.09.2016	Deutscher Städtetag Köln	Bonn, Hagen, Köln, Solingen
Süd	15.11.2016	Rathaus im City Center Ludwigshafen	Kaiserslautern, Ludwigshafen, Nürnberg, Stuttgart
Nord	31.01.2017	Technisches Rathaus Oldenburg	Hannover, Kiel, Lübeck, Oldenburg
Ost	07.02.2017	Altes Rathaus Magde- burg	Dresden, Jena, Magdeburg

Tabelle 5: Termine und Veranstaltungsorte der vier Werkstätten der Runde I

Ablauf der Werkstätten / Konzept / Methodik

In Abstimmung mit dem projektbegleitenden Arbeitskreis wurde beschlossen, die Planspiel-Übung in den vier Regionen jeweils zuerst zum Thema „Überflutungsvorsorge in Neubaugebieten“ durchzuführen. Die Bearbeitung und Diskussion erschien hier leichter und freier möglich. Über diese Reihenfolge könne die Motivation wachsen für die zweite Planspiel-Übung zum ggf. komplexeren Thema „Überflutungsvorsorge in Bestandsgebieten“ im Rahmen der Werkstatt-Runde II.

Die Werkstatt-Runde I war geprägt von einem Wechsel aus Input und Arbeitseinheiten in Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Gruppenzusammensetzungen. Die Einheiten am Vormittag waren ressortbezogen, d.h. interkommunal zusammengesetzt; die Gruppen am Nachmittag wurden kommunenbezogen, d.h. intrakommunal gebildet. Durch diese geplanten, unterschiedlichen Zusammensetzungen konnte der Erfahrungsaustausch abwechslungsreich und lebendig gestaltet werden. Der fachliche Austausch mit den Teilnehmenden aus den anderen Städten war dem intrakommunalen vorgeschaltet, um die Positionen der einzelnen Disziplinen zu stärken und erste Empfehlungen zur Zusammenarbeit aus fachlicher Sicht formulieren zu können.

Zur besseren Visualisierung der unterschiedlichen teilnehmenden Professionen wurde für die Durchführung und Auswertung der Werkstätten ein Farbschema festgelegt, das stringent in der Vorstellungsrunde, den beiden Arbeitseinheiten und der Abschlussdiskussion angewendet wurde:

Aufteilung der Teilnehmenden aus den verschiedenen Fachbereichen	
Blau	Stadtentwässerung, Untere Wasserbehörde, Tief- und Straßenbau, Feuerwehr
Rot	Stadtplanung, Bauordnung, Bauleitplanung, Stadtentwicklung
Grün	Umwelt(schutz), Grünflächenplanung, Naturschutz, Landschaftsplanung

Tabelle 6: Aufteilung der Teilnehmenden aus den verschiedenen Fachbereichen

Analog dieses Farbschemas wurden alle Teilnehmenden im Vorfeld der Werkstatt eingeteilt und Beiträge aus den jeweiligen Bereichen in der entsprechenden Farbe festgehalten.

Der Programmablauf, wie in nachfolgender Tabelle gezeigt, wurde für alle Werkstätten der Werkstatt-Runde I gleich gestaltet. Nach einer kurzen Begrüßung und Projektvorstellung folgte jeweils ein etwa zwanzigminütiger Input von Herrn Prof. Dr.-Ing. Marc Illgen zu Maßnahmen und Umsetzungsbeispielen der kommunalen Überflutungsvorsorge mit Fokus auf den Neubau. Dieser Input diente sowohl dem Wissenstransfer von Praxisbeispielen und Innovationen der Überflutungsvorsorge als auch der Herstellung einer gemeinsamen Wissensbasis für alle Teilnehmenden.

Für die Vorstellungsrunde im Anschluss wurden jeweils 40 Minuten eingeplant. Die Teilnehmenden einer Kommune erhielten in der jeweiligen Gruppe ihrer Kommune die Möglichkeit, sich und ihre vordringlichen Anliegen, die sie in ihrer Funktion und ihrem Arbeitszusammenhang mit der kommunalen Überflutungsvorsorge verbinden, vorzustellen. Die Anliegen wurden auf Wänden dokumentiert und blieben die ganze Werkstatt über zugänglich; die Sammlung konnte während der Veranstaltung ergänzt werden. Kern der vier Werkstätten waren jeweils zwei ca. einstündige Arbeitseinheiten, die in Anlehnung an die Planspielmethode konzipiert wurden.

Werkstatt-Reihe I, Schwerpunkt: Überflutungsvorsorge im Neubau (blau = Arbeitseinheiten)

Arbeitseinheiten und Inhalte

Input: **Kommunale Überflutungsvorsorge im Neubau: Maßnahmen und Umsetzungsbeispiele**

Sammlung von Themen und wichtigen Anliegen aus den Kommunen

Werkstatt-Gespräch Neubau Teil I: **Gute Wege zur Überflutungsvorsorge**

Diskussion von Vorteilen und Risiken vorgestellter Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge aus fachlicher Sicht (ressortbezogene AG)

Werkstatt-Gespräch Neubau Teil II: **Gute Wege zur Überflutungsvorsorge**

Entwickeln eines Ablaufs zur integrierten Überflutungsvorsorge für ein beispielhaftes Planungsvorhaben in jeder Kommune (kommunenbezogene AG)

Fazit und Empfehlungen (**Plenum**)

- **Vorstellung der Ergebnisse aus den AG's**
- **Hindernisse und Lösungen**
- **Erste Empfehlungen an Verwaltung und Politik**

Tabelle 7: Ablaufschema der Werkstätten der Runde I – Neubau

Arbeitsfragen und -inhalte: Arbeitsgruppen und Fazit

Die drei parallel arbeitenden, ressortbezogenen Arbeitsgruppen erhielten am Vormittag jeweils die Aufgabe, zwei der vorgestellten Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge anhand folgender Fragen aus ihrer fachlichen Sicht zu diskutieren und zu bewerten:

- Welchen (fachlichen) Beitrag können/müssen Sie als Fachbereich bei Planung und Umsetzung dieser Maßnahme leisten? Was sind Ihre Aufgaben?
- Bewerten Sie die Maßnahmen für Ihren Fachbereich:
a) Probleme, Hemmnisse, Nachteile b) Vorteile, Mehrwert
- Welche Empfehlungen würden Sie als Fachbereich zu diesen beiden Maßnahmen abgeben?

Im Folgenden sind die Maßnahmen und ihre Verteilung aufgeführt. Letztere wurde so gewählt, dass jede Arbeitsgruppe eine individuelle, zu ihrer Profession passende Kombination der Maßnahmen bearbeitete:

- Alle drei Arbeitsgruppen blau-rot-grün:
Fokus Platz – Überflutungsvorsorgerechte Gestaltung eines öffentlichen Platzes
- Gruppe Blau (Stadtentwässerung, Tiefbau, Straße):
Fokus Straße – Straße als temporäre Noteinstau-Fläche, als Entwässerungsraum

-
- Gruppe Rot (Stadtplanung):

Fokus Gebäude – Dezentrale Regenwasserbewirtschaftung mit Fokus auf Dachbegrünung

- Gruppe Grün (Umwelt, Grünplanung):

Fokus Grünfläche – (Öffentliche) Grünfläche als temporäre Noteinstau-Fläche, als multifunktionale Retentionsfläche

Für die zweite Aufgabenstellung arbeiteten die Teilnehmenden in kommunenbezogenen Arbeitsgruppen. Jede Gruppe erhielt den Auftrag, einen Ablauf zur integrierten Planung der Überflutungsvorsorge in einem Neubaugebiet unter Einbindung der Maßnahme „multifunktionale Fläche“ zu entwickeln. Die Aufgabe sollte anhand eines – für alle Werkstätten gleichen und auf realen Planungsgrundlagen beruhenden – vorgegebenen innerstädtischen Entwicklungsgebietes bearbeitet werden. Die Ausgangssituation wurde ausführlich für alle zentral vorgestellt: Es handelt sich um eine ca. 3 ha große innerstädtische Fläche, die teilweise brach und in Nachbarschaft zu Hochschule, Forschungseinrichtungen und Wohnbebauung liegt. Sie soll als Technologiepark für Dienstleistungsunternehmen und hochschulnahe Einrichtungen entwickelt werden. Erwerb und Entwicklung der Fläche sollen durch einen Investor erfolgen. Das Projekt steht noch ganz am Anfang und die Bodenverhältnisse (Topografie, Altlasten, Hydrogeologie etc.) sind günstig für die Versickerung. Verwirklicht werden sollen auf der Fläche mehrere größere bzw. höhere Gebäudekomplexe inkl. Tiefgarage. Die möglichst klimaangepasste Bebauung muss sich aber in Umgebung und Bestandsstruktur einfügen. Ziel soll ein bei Normal- und Starkregen nahezu abflussloses Baugebiet mit multifunktionalen Flächennutzungen, hochwertigen Freiflächen und hohem Grünanteil sein. Den Teilnehmenden wurden Planungsunterlagen mit möglichen Baukörperstellungen und einer Variante für das Regenwassermanagement ausgehändigt. Auf einer vorbereiteten Metaplanwand galt es, die Planungs- und Verfahrensschritte auf einem Zeitstrahl bis zur Offenlegung des Bebauungsplanes festzuhalten. Werden grundsätzliche oder spezifische Hemmnisse im Planungsprozess identifiziert, so sollten diese gesondert dokumentiert (und damit quasi „gelöst“) werden, um anschließend am Prozess weiterarbeiten zu können. Diese dokumentierten Hemmnisse wurden im Plenum aufgegriffen und diskutiert. Die Arbeitsfragen lauteten für diese zweite Arbeitseinheit wie folgt:

- Was sind Ihre planerischen und organisatorischen Rahmenbedingungen vor Ort? Beschreiben Sie bitte die Besonderheiten in Ihrer Stadt (wie z.B. Vorhandensein von Relief, bestehende Festsetzungen, existierende Strukturen zur Koordination, schon verankerte Prozesse).
- Auf welchen Prozessen setzen sie auf? Gibt es schon entsprechende Instrumente/Verfahren in Ihrer Kommune? Welche Handlungserfordernisse sehen Sie?
- Welche Daten liegen in Ihrer Stadt vor (z.B. wasserwirtschaftliche Fachbeiträge, Gefahrenkarten, Klimaanalysen, Planungshinweiskarten)? Notieren Sie auf dem Flipchart, welche Daten/Karten/Informationen fehlen.

-
- Wann im Planungsprozess bringen Sie sich ein? Mit wem arbeiten Sie in diesem Schritt zusammen? Wie sieht eine gelungene Zusammenarbeit aus?
 - Was fehlt Ihnen? Wo tauchen Probleme auf?

Die Moderation der Arbeitsgruppen erfolgte durch das Difu und Herrn Prof. Illgen. Die Moderierenden begleiteten den Erfahrungsaustausch und leiteten die Diskussion. Zudem übernahmen sie die Ergebnisdokumentation auf Metaplanwänden.

Der darauffolgende etwa 90-minütige Tagesordnungspunkt „Fazit und Empfehlungen“ wurde im Plenum diskutiert. Anhand folgender Arbeitsfragen wurden die in den beiden Arbeitsgruppeneinheiten identifizierten und formulierten Hemmnisse, Lösungsansätze und Empfehlungen aufgegriffen, gemeinsam diskutiert und festgehalten:

- Welche Hindernisse und Hemmnisse haben Sie festgestellt, die auf andere Städte übertragbar sind?
- Welche Lösungsansätze sehen Sie für die Umsetzung der kommunalen Überflutungsvorsorge? Welcher Art sind diese (z.B. rechtliche und technische Rahmenbedingungen)?
- Welche ersten Empfehlungen würden Sie gerne geben? An wen sind sie adressiert?

2.2.3 Werkstatt-Runde II: Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung

Die Tabelle im Folgenden zeigt die vier Werkstätten der Runde II in den Regionen Nord, Ost, Süd und West zum Thema Bestand in der Reihenfolge ihres Stattfindens, jeweils mit Termin und Veranstaltungsort. In Stuttgart und Dresden stellten die Städte bzw. in Hannover die Stadtentwässerung kostenfrei Räumlichkeiten zur Verfügung. In Köln konnte erneut auf – für das Difu kostenfreie – Räumlichkeiten des Deutschen Städtetages zurückgegriffen werden.

Region	Termin	Ort	Teilnehmende Kommunen
West	24.04.2017	Deutscher Städtetag Köln	Bonn, Hagen, Köln, Solingen
Süd	10.05.2017	Stadt Stuttgart, Amt für Umweltschutz	Kaiserslautern, Ludwigshafen, Nürnberg, Stuttgart
Ost	30.05.2017	Kulturrahus Dresden	Dresden, Jena, Magdeburg
Nord	13.06.2017	Stadtentwässerung Han- nover	Hannover, Kiel, Lübeck, Oldenburg

Tabelle 8: Termine und Veranstaltungsorte der vier Werkstätten der Runde II

Ablauf der Werkstätten / Konzept / Methodik

Die Konzeption der zweiten Werkstatt-Runde wurde mit dem projektbegleitenden Arbeitskreis rückgekoppelt. Hier wurde beschlossen, an den Anfang der zweiten Werkstatt eine „Sprechstunde“ zu stellen, in der dringliche Fragen der Kommunen gestellt und von zwei Experten (Herr Prof. Illgen und zusätzlicher Experte aus dem Bereich Stadtplanung) beantwortet werden. Des Weiteren dient eine Planspiel-Übung der „Folgenabschätzung einer Platzumgestaltung“. Anhand eines konkreten Beispiels soll der Planungsfall einer Platzumgestaltung im Bestand diskutiert und die Folgenabschätzung zwischen den anwesenden Fachbereichen ausgehandelt werden. Das Beispiel sollte möglichst aus einer der beteiligten Städte kommen. Im Arbeitskreis wurde das Grundgerüst der Aufgabenstellung mit den Themen Aufgaben, Abläufe, Ämterbeteiligungen, Betriebs- und Unterhaltungskosten, Kosten für Bewältigung und Regeneration, rechtliche Fragestellungen und Haftungsrisiken diskutiert und beschlossen. Als zweite Aufgabe sollen von den Werkstatt-Teilnehmenden konkrete Festlegungen zu Zuständigkeiten, Aufgaben und Kostenverteilungen getroffen werden. Die Mitglieder des Arbeitskreises befürworteten die Fortsetzung des Wechsels von Input und moderierten Kleinarbeitsgruppen in der zweiten Werkstatt-Runde. Auch der Dialog einerseits in ressortbezogenen und andererseits in kommunalen Arbeitsgruppen sollte fortgesetzt werden.

Aus den in der ersten Werkstatt-Runde genannten Anliegen im Zusammenhang mit der kommunalen Überflutungsvorsorge wurden fünf Kernthemen bzw. Frageblöcke entwickelt, die den beiden Werkstatt-Gesprächen sowie der Abschlussdiskussion gliedernd zugrunde gelegt wurden:

- Planungsprozess,
- Planungskriterien,

- Betrieb,
- Finanzierung,
- Rechtliche Aspekte.

Wie das nachfolgende Ablaufschema zeigt, war die Werkstatt-Runde II – ebenso wie die Veranstaltungen der Werkstatt-Runde I – geprägt von einem Wechsel aus Input und Arbeitseinheiten in Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Gruppenzusammensetzungen. Es wurden im Rahmen des „Werkstatt-Gesprächs Teil II: Planspiel zur Folgenabschätzung einer überflutungsgerechten Platz- und Straßenumgestaltung am Beispiel Köln-Porz“ bzw. in der Werkstatt der Region West „am Beispiel der Altstadt von Solingen Gräfrath“ zunächst ressortbezogene, d.h. interkommunal zusammengesetzte Arbeitsgruppen und anschließend kommunenbezogene, d.h. intrakommunale Arbeitsgruppen gebildet. Durch diese geplanten, unterschiedlichen Zusammensetzungen konnte der Erfahrungsaustausch abwechslungsreich und lebendig gestaltet werden. Der fachliche Austausch mit den Teilnehmenden aus vier Städten war – analog zu Werkstatt-Runde I – dem intrakommunalen vorgeschaltet, um die Positionen der einzelnen Disziplinen („Gilden“) zu stärken und erste Empfehlungen zur Zusammenarbeit aus fachlicher Sicht formulieren zu können.

Werkstatt-Reihe II, Schwerpunkt: Überflutungsvorsorge im Bestand (blau = Arbeitseinheiten)
Arbeitseinheiten und Inhalte
Kurzreport aus den Städten: Überflutungsvorsorge im letzten halben Jahr (Plenum)
Input: Kommunale Überflutungsvorsorge im Bestand – Möglichkeiten und Einschränkungen (u.a. am Beispiel des Projekts MURIEL)
Werkstatt-Gespräch Bestand Teil I: Kommunen fragen – Experten antworten (Plenum)
Werkstatt-Gespräch Bestand Teil II: Planspiel zur Folgenabschätzung einer überflutungsgerechten Platz- und Straßenumgestaltung am Beispiel Altstadt Solingen Gräfrath bzw. Köln Porz
A] Aufgaben und Kosten im Fachbereich (ressortbezogene AG)
B] Aushandlungsprozess und Entscheidungsfindung zwischen den Fachbereichen über Abläufe und Kosten (kommunenbezogene AG)
Fazit und Empfehlungen (Plenum)
<ul style="list-style-type: none"> • Übertragbare Handlungsempfehlungen und ungelöste Probleme

Tabelle 9: Ablaufschema der Werkstätten der Runde II – Bestand

Das bereits für die Werkstatt-Reihe I entwickelte Farbschema zur besseren Visualisierung der unterschiedlichen teilnehmenden Professionen wurde für die Durchführung und Auswertung der Werkstatt-Reihe II beibehalten: Die Bereiche Stadtentwässerung, Tief- und Straßenbau

erhielten die Farbe blau, der Stadt- und Bauleitplanung wurde die Farbe Rot zugeordnet und die Bereiche Umwelt, Naturschutz und Grünplanung bekamen die Farbe Grün.

Für die ressortbezogenen Arbeitsgruppen wurden die Teilnehmenden im Vorfeld der Werkstatt in drei Gruppen – dem Farbschema entsprechend und analog zu Werkstattreihe I – eingeteilt.

Der Programmablauf wurde für alle Werkstätten der Werkstatt-Runde II gleich gestaltet (vgl. dazu auch obiges Ablaufschema). Nach einer kurzen Begrüßung und Darstellung des Projektstandes folgte jeweils ein etwa fünfzehnminütiger Kurzreport aus den beteiligten Städten. Die Teilnehmenden einer Kommune erhielten in der jeweiligen Gruppe ihrer Kommune die Möglichkeit, den aktuellen Stand der Überflutungsvorsorge in ihrer Stadt und die Aktivitäten im Themenfeld seit der ersten, jeweils etwa sechs Monate zurückliegenden Werkstatt darzustellen. Dazu wurden die in der jeweils ersten Werkstatt genannten vordringlichen Anliegen im Zusammenhang mit der kommunalen Überflutungsvorsorge wieder aufgerufen und darauf Bezug genommen. Durch die Kurzreports wurden erste Erfolge und Umsetzungen sichtbar, darüber hinaus reflektierten die Teilnehmenden „Baustellen“ und Aufgaben innerhalb der Kommunen.

Ebenfalls in Anlehnung an die Werkstatt-Runde I folgte auf den Kurzreport ein ca. 20-minütiger Input von Herrn Prof. Dr.-Ing. Marc Illgen zu Maßnahmen und Umsetzungsbeispielen der kommunalen Überflutungsvorsorge mit Fokus auf multifunktionale Flächennutzung im Bestand. Dieser Input diente sowohl dem Wissenstransfer von Praxisbeispielen und Innovationen der Überflutungsvorsorge als auch der Herstellung einer gemeinsamen Wissensbasis für alle Teilnehmenden. Im Rahmen der Werkstätten in der Region West und der Region Ost haben Herr Dr. Jan Benden bzw. Herr Robert Broesi, beide vom Büro MUST Städtebau, Köln, den Vortrag gemeinsam mit Herrn Prof. Illgen gehalten. Beide sind in das Projekt MURIEL involviert.

Bereits in der Werkstatt-Runde I aufgeworfene, aber auch neu entstandene Fragen zur kommunalen Überflutungsvorsorge konnten im anschließenden 75-minütigen „Werkstatt-Gespräch Teil I: Kommunen fragen – Experten antworten“ gestellt werden. Dieses Werkstatt-Gespräch im Format einer „Sprechstunde“ fand jeweils im Plenum statt. Als antwortende Experten standen Herr Prof. Dr.-Ing. Marc Illgen und Herr Stefan Frerichs vom Planungsbüro BKR Aachen Noky & Simon, Aachen (Werkstätten in den Regionen Nord und Süd) bzw. Herr Dr. Jan Benden (Werkstatt in der Region West) und Herr Robert Broesi (Werkstatt in der Region Ost) zur Verfügung.

Kern der vier Werkstätten waren erneut jeweils zwei Arbeitseinheiten, die in Anlehnung an die Planspielmethode konzipiert wurden. Die Zusammenarbeit erfolgte experimentell an konkreten (Plan)Beispielen und Maßnahmen – in dieser Werkstatt-Runde II zum Thema Bestand.

Arbeitsfragen und -inhalte: Arbeitsgruppen und Fazit

Inhalt der Arbeitsgruppen am Nachmittag war in den Werkstätten der Regionen Nord, Ost und Süd das Planspiel zur Folgenabschätzung einer überflutungsgerechten Platz- und Straßenumgestaltung am Beispiel Köln-Porz. In der Werkstatt der Region West wurde auf ausdrücklichen Wunsch der Stadt Solingen das Beispiel Altstadt Solingen Gräfrath genutzt. Das jeweilige Beispiel wurde zu Beginn der Arbeitsgruppeneinheit (Werkstatt-Gespräch Teil 2) von Herrn Prof. Illgen und Herrn Dr. Benden bzw. Herrn Broesi (Werkstätten West und Ost) vorgestellt. Der Input diente den Teilnehmenden als Diskussionsgrundlage für die Arbeitsgruppen.

Das Beispiel Solingen Gräfrath thematisiert die Generierung eines Überflutungsschutzes in der Gräfrather Altstadt. Seit einem Starkregenereignis im Jahr 1999, bei dem es Überflutungen im denkmalgeschützten Altstadtbereich bis zu 80 cm gab und hohe Schäden zu verzeichnen waren, sind die Technischen Betriebe Solingen aktiv um einen besseren Überflutungsschutz im Bereich der Solinger Altstadt bemüht. Nachdem sich herausstellte, dass die klassischen oberflächigen Entwässerungsanlagen aufgrund des hohen Straßengefälles kaum wirksam sind im Bereich der Gräfrather Altstadt, wurden bis Ende 2016 verschiedene andere Maßnahmen diskutiert, darunter drei Retentionsflächen (Parkplatz, Grünfläche und Straßenfläche). Für diese Retentionsflächen sowie für einige Straßeneinläufe liegen den Technischen Betrieben Solingen extern erarbeitete Planungsvorschläge vor. Diese Vorschläge wurden vorgestellt und dienten den nachfolgenden Diskussionen als Arbeitsgrundlagen.

Im Falle des Beispiels aus Köln Porz geht es konkret um die Umgestaltung von drei städtischen Plätzen: Grünfläche (Festwiese), Quartiersplatz (zzgl. angrenzender Straßenraum) und Parkplatz. Der Planungsfall stellt ein Gelegenheitsfenster zur Integration der kommunalen Überflutungsvorsorge in die Stadtplanung dar. Die Konzeptplanung für die Plätze wurde von der Stadt beauftragt und die Planungsergebnisse stehen nun zur Diskussion. Die Planungsergebnisse für die drei Plätze wurden im Einzelnen vorgestellt einschließlich verschiedener Planungsvarianten und konkreter Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge unter Nennung des jeweiligen Retentionsvolumens.

Um hinsichtlich der Analyse der Ergebnisse eine höhere Vergleichbarkeit zu erreichen, wurde für alle Werkstätten das gleiche Beispiel zugrunde gelegt. Das Beispiel Solingen Gräfrath ist aufgrund ähnlicher potenzieller Retentionsräume (Parkplatz, Grünfläche und Straßenfläche) ebenfalls gut vergleichbar mit dem Planungsfall Köln-Porz. Die genannten potenziellen Retentionsflächen – und zudem die Themen „Umwidmung zum Spielplatz“ und Nutzung als Festwiese (beides Beispiel Köln Porz) – wurden zudem so gewählt, dass einerseits eine möglichst große Bandbreite an öffentlichen Flächen im Bestand abgedeckt und andererseits die Übertragbarkeit der Analyse-Ergebnisse auf Planungsfälle anderer Kommunen höchstmöglich ist.

Die Beteiligten aus den Ressorts Planung, Grünplanung, Stadtentwässerung (und Straßenbau) sollten in den nachfolgenden Arbeitsgruppen-Einheiten anhand des konkreten Beispiels den Planungsfall einer überflutungsvorsorgegerechten Umgestaltung im Bestand diskutieren. In einem Abwägungs- und Aushandlungsprozess sollten sie:

- identifizieren, welcher Mehrwert durch die gemeinsame Vorgehensweise entsteht,
- diskutieren und möglichst festlegen, wer welche Aufgaben und Kosten übernimmt,
- benennen, welche Probleme / Hemmnisse bestehen und noch zu klären sind.

Die Arbeitsaufträge für die nachfolgenden beiden Arbeitseinheiten lauteten wie folgt:

1) Folgenabschätzung: Ansätze und Bedenken

- Welche **Folgen** sind mit der Platz- und Straßenumgestaltung verbunden (u.a. für Umwelt, Verwaltung, Risikoreduzierung, Kosten)?
- Welche zusätzlichen **Aufgaben** ergeben sich aus den „neuen“ Funktionen der Plätze und der Straßen für Ihren Fachbereich / Ihre Stadt (z.B. Reinigungszyklen; „neue“ Aufgaben als Organisationsverpflichtungen verteilen)?
- Welche anderen **Abläufe** in der Planung und Unterhaltung ergeben sich durch die überflutungsvorsorgegerechte Gestaltung des Platzes und der Straßen?
- Welche Ämter/Ressorts müssen beteiligt werden und sind wofür zuständig?
- Welche **Planungskriterien** müssen festgelegt werden, damit eine Umsetzung von Maßnahmen gelingt?
- Wie wird der **Betrieb** gesichert, regulär und im Einzelfall?
- Welche **Betriebs- und Unterhaltungskosten** (relative, nicht absolute Kosten) entstehen? Wer übernimmt diese? Wer ist mit welchen Kosten für die Bewältigung und Regeneration nach einem Schadensereignis zuständig?
- Wie kann eine (Folge-)Kostenverteilung unter den beteiligten Ressorts aussehen?
- Welche **rechtlichen Fragestellungen** müssen bei der Umgestaltung durch wen geklärt werden? Wie können Haftungsrisiken der Stadt/Einzeller minimiert oder vermieden werden?

2) Festlegung

- Abschließende konkrete Festlegung der Einigungen bzgl. Aufgaben, Abläufen, Zuständigkeiten, Kostenverteilung zwischen den Fachbereichen;
- Benennung ungelöster Probleme.

Diese Arbeitsaufträge sollten zunächst in einer etwa 40-minütigen Arbeitseinheit von den drei parallel arbeitenden, ressortbezogenen Arbeitsgruppen mit dem Ziel der Positionierung (ähnlich einer Stellungnahme) im jeweiligen Fachbereich bearbeitet werden. Auch sollten bereits nach Möglichkeit Vorschläge für Festlegungen bzgl. Aufgaben, Zuständigkeiten, Kostenverteilung etc. erarbeitet werden. Anschließend gingen die Teilnehmenden für die zweite Arbeitseinheit in kommunenbezogene Arbeitsgruppen, um in einem etwa 90-minütigem Aushandlungsprozess anhand der gleichen, o.g. Fragestellungen Festlegungen und Verabredungen zwischen den Ressorts zu treffen. Diese Simulation des Planungsalltags in Kommunen war ähnlich wie ein interdisziplinäres Training für neue Aufgaben aufgebaut.

Die Moderation der Arbeitsgruppen erfolgte durch die drei Mitarbeiterinnen des Difu, Herrn Stefan Frerichs (Werkstätten in den Regionen Nord und Süd) bzw. Herrn Dr. Jan Benden (Werkstatt in der Region West) und Herrn Robert Broesi (Werkstatt in der Region Ost). Die Moderierenden begleiteten den Erfahrungsaustausch und leiteten die Diskussion. Zudem

übernahmen sie die Ergebnisdokumentation auf Metaplanwänden. Herr Prof. Illgen stand als Experte zur Verfügung, der zwischen den Arbeitsgruppen wechselte und bei Bedarf für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stand.

Der darauffolgende etwa 45-minütige Tagesordnungspunkt „Fazit und Empfehlungen“ wurde im Plenum diskutiert. Anhand folgender Arbeitsfragen wurden die im Verlauf des Arbeitstages identifizierten und formulierten Hemmnisse, Lösungsansätze und Empfehlungen aufgegriffen, gemeinsam diskutiert und auf einer Metaplanwand festgehalten:

- Welche übertragbaren Handlungsempfehlungen gibt es?
An wen richten sie sich?
Was sind dazu in Ihrer Kommune erste Schritte?
Wie wollen Sie dies organisieren?
- Welche ungelösten Probleme sehen Sie?
Was kann auf der kommunalen Ebene gelöst werden, was nicht?
Bei welchen Themen brauchen Sie Unterstützung?
Wer kann Ihnen diese Unterstützung geben?

2.3 Abschlussveranstaltung

Die Abschlussveranstaltung des Projekts diente der Vermittlung und Diskussion der im Projekt entwickelten und in der Veröffentlichung aufbereiteten Handlungsempfehlungen. Geplant wurde ein Wechsel von fachlichem Input und interdisziplinärem Austausch über „lessons learned“. Damit wurde die Gelegenheit gegeben, die Ergebnisse des Projektes „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog“ aus den unterschiedlichen Blickwinkeln zu diskutieren. Aus den vier beteiligten Regionen Nord, Ost, Süd und West stellte jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter einer Stadt Beispiele kommunalen Handelns vor. Sie erläuterten, welche Hürden überwunden wurden und welche hilfreichen Anregungen und Tipps weitergegeben werden können.

Ursprünglich war die Veranstaltung als eine Kooperationsveranstaltung von Difu und DWA mit ca. 80 bis 100 Teilnehmenden geplant. Das Difu erhielt Anfang 2017 über den Deutschen Städtetag eine Anfrage der Stadt Hamburg, die sich gerne am Projekt „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog“ beteiligen wollte. Die Stadt Hamburg äußerte die Bereitschaft, gemeinsam mit dem Difu und der DWA als gastgebende Stadt die Veranstaltung auszurichten. Die Idee wurde von den Mitgliedern des projektbegleitenden Arbeitskreises begrüßt. Das Difu hatte zudem die Idee und den Wunsch, die Abschlussveranstaltung des Projekts mit einem Difu-Seminar zum Thema „Überflutungsvorsorge und Starkregenmanagement“ zu kombinieren. Dadurch konnte der Teilnehmerkreis deutlich erweitert, die Diskussion vertieft und eine 2 bis 3-Tages-Veranstaltung mit Exkursion ermöglicht werden. Sowohl für DBU als auch für das Difu war eine klare Kostentrennung zwischen der über Projektmittel geförderten Abschlussveranstaltung und dem Difu-Seminar wichtig. Die Abschlussveranstaltung wurde – anders als das Difu-Seminar – kostenfrei angeboten. Grußworte der beteiligten Partner und des Fördermittelgebers wurden entsprechend eingeplant.

Die Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg stellte neben kostenfreien Räumlichkeiten, einer guten Erreichbarkeit des Veranstaltungsortes und einem attraktiven Ziel für viele potenzielle Teilnehmende vor allem sicher, dass eine zusätzliche 16. Kommune im Projekt eingebunden werden konnte, die bereits vielfältige Erfahrungen zum Thema Überflutungsvorsorge und Umgang mit Starkregenereignissen besitzt. Zugleich erhöhte sich durch diese Kooperation der Abstimmungs- und Vorbereitungsaufwand um ein Vielfaches. Zunächst war ein Treffen in Hamburg erforderlich, um die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen zur gemeinsamen Durchführung der Abschlussveranstaltung zu erörtern. Dieses Treffen fand am 08.03.2017 mit Vertretern von Hamburg Wasser, der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen der Freien und Hansestadt Hamburg (BSW), des Deutschen Städtetages und des Difu statt. Als optimaler Veranstaltungsort wurde das Konferenzzentrum der BSW ins Auge gefasst, welches eine Kapazität für bis zu 200 Personen aufweist. Abschließend wurde vereinbart, dass das Difu jeweils ein offizielles Schreiben an die Senatoren für Stadtentwicklung und Wohnen und für Umwelt und Energie richtet und darin die Kooperation anfragt. Nach einer positiven Rückmeldung musste der ursprünglich geplante Termin am 15.01.2018 aufgrund einer zeitgleich vorgesehenen Veranstaltung von DBU und DWA nochmals auf den

26.02.2018 verschoben werden. Damit zusammenhängend wurde es notwendig, die ursprünglich bis zum 15.02.2018 geplante Projektlaufzeit bis Ende März 2018 zu verlängern.

Entsprechend der Abstimmungen mit der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Deutschen Städtetag und der DWA, wurde die Fachtagung gemeinsam von den Behörden für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW), Umwelt und Energie (BUE), HAMBURG WASSER sowie dem Difu veranstaltet. Kooperationspartner waren der Deutsche Städtetag und die DWA. Das Programm (difu.de/11591) war dicht und vielseitig und startete mit Begrüßungsworten der Gastgeber, der Veranstalter und der Kooperationspartner. Anschließend folgten ein Podiumsgespräch mit Sprechern des Projektes und die Vorstellung der übertragbaren Handlungsempfehlungen für Kommunen. Der fachliche Austausch in Foren ermöglichte eine vertiefte Diskussion zur Überflutungsvorsorge. Abschließend gab es Fachvorträge zu verschiedenen Aspekten und Beispielen der kommunalen Überflutungsvorsorge und Impulse seitens der DBU. Der Kreis hochrangiger Sprecherinnen und Sprecher wie Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt (BSW), Senator Jens Kerstan (BUE), Nathalie Leroy (HAMBURG WASSER), Otto Schaaf (DWA) und Detlef Raphael (Deutscher Städtetag) machten bereits zu Beginn der Veranstaltung deutlich, dass eine erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen der kommunalen Überflutungsvorsorge in hohem Maße von einer effektiven interdisziplinären Zusammenarbeit abhängt – „notfalls abseits von formalen Verantwortlichkeiten“.

Die Anmeldungen zur Fachtagung erreichten nach Veröffentlichung des Programms im November 2017 das Difu so zahlreich, dass die Veranstaltung bereits Wochen vor dem Termin ausgebucht war und eine Warteliste geführt wurde. Angemeldet waren mehr als 130 Teilnehmende, darunter ca. 100 Vertreterinnen und Vertreter aus kommunalen Verwaltungen und Betrieben aus dem gesamten Bundesgebiet, aber auch aus Wissenschaft und Forschung.

Das Herzstück der Fachtagung war das Podiumsgespräch zum Projekt "Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog", an dem neben Vera Völker (Difu) und Prof. Dr. Marc Illgen (DAHLEM Beratende Ingenieure GmbH & Co.) sowie vier kommunale Sprecherinnen und Sprecher stellvertretend für die vier am Projekt beteiligten Regionen bzw. 15 Städte teilnahmen. Im Gespräch mit Moderatorin Cornelia Rösler vom Difu schilderten Bettina Müller (Stadtplanungsamt der Stadt Bonn), Anne Theobald (Stadtentwässerung der Stadt Kaiserslautern), Rolf Warschun (Umweltamtsleiter der Stadt Magdeburg) und Dietmar Peuker (Amt für Verkehr und Straßenbau der Stadt Oldenburg) die Erkenntnisse sowie eigene Erfahrungen aus dem Projekt. Die Sprecherinnen und Sprecher betonten die Verbesserung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit sowohl als wichtiges Anliegen als auch Ergebnis des Projekts.

Einleitend zu den Fachforen wurden übertragbare Handlungsempfehlungen für Kommunen einerseits aus dem Projekt „Planer im Dialog“, vorgestellt von Anna-Kristin Jolk und Luise Willen (Difu), und andererseits aus dem im Januar 2018 von DBU und DWA durchgeführten Expertengespräch „Wassersensible Zukunftsstadt“, präsentiert von Dr. Friedrich Hetzel (DWA), zur Diskussion gestellt. In den Foren zu den vier Oberthemen "Prozesse und Organisa-

tion", "Rechtliche Aspekte", "Finanzielle Aspekte" sowie "Planungskriterien und Umsetzung" wurde anschließend der thematische Austausch vertieft. Diese Gelegenheit nutzten die Teilnehmenden für intensive Diskussionen, z.B. zur Veröffentlichung von Starkregengefahrenkarten, der Gebührenfähigkeit investiver Maßnahmen und der Öffentlichkeitsarbeit, die als ein wichtiges und notwendiges Instrument „gegen Gedächtnisschwund“ verstärkt eingesetzt werden müsse.

Im Input „Multifunktionale Flächen als innovativer und fachübergreifender Ansatz für die Überflutungsvorsorge“ stellte Dr. Jan Benden von MUST Städtebau die Ergebnisse des Projekts MURIEL vor und zeigte anhand von Planungsbeispielen in Köln, Karlsruhe und Wesseling, dass die Mehrfachnutzung von Flächen ein umsetzungsfähiger und finanzierbarer Weg zum wirksamen Überflutungsschutz sein kann.

Der Kreis der 15 am Projekt beteiligten Städte wurde in dieser Fachtagung um die Erfahrungen zur Überflutungsvorsorge der Freien und Hansestadt Hamburg ergänzt. In einem Dreiklang aus Umwelt, Stadtentwässerung und Stadtplanung präsentierten Dr. Anna-Gesa Meier, Dr. Franziska Meinzingen und Alexander Krumm die spezifischen Herausforderungen in Hamburg. Sie erläuterten das 2015 abgeschlossene Projekt RISA (RegenInfrastrukturAnpassung) und zeigten beispielhaft erfolgreich umgesetzte Pilotprojekte in Hamburg, wie z.B. „Ohlen dorffs Park“, und das in Planung befindliche Projekt „Wohnen am Volkspark in Hamburg-Bahrenfeld“.

Zum Abschluss betonte Felix Gruber (DBU) im Gespräch mit Cornelia Rösler die Wichtigkeit der kommunalen Aktivitäten im Bereich der Überflutungsvorsorge. Herr Gruber motivierte die anwesenden Kommunalvertreter, die Förderangebote der DBU zu nutzen und sich dazu mit Forschungseinrichtungen und Unternehmen zusammenzuschließen.



Abbildung 2: Vorstellung von Projektergebnissen auf der Abschlussveranstaltung

2.4 Veröffentlichung

Eine Broschüre bereitet wichtige Ergebnisse aus dem Projekt sowohl für die 15 Modellstädte als auch alle weiteren interessierten Kommunen sowie Politik, Technik und Forschung auf. Die Veröffentlichung richtet sich spezifisch an die Zielgruppe der kommunalen Fachverwaltung und soll dabei die verschiedenen, im Projekt eingebundenen Fachbereiche ansprechen. Ziel ist es, Prozesse vorzustellen, Anregungen und Tipps zu geben, Wissen zu vermitteln, Erfahrungen zum ressortübergreifenden Dialog weiterzugeben und Mut zur Umsetzung von Überflutungsvorsorge zu machen. Ein wichtiges, sowohl von den Teilnehmenden in den Werkstätten als auch im Arbeitskreis gefordertes Ziel war es dabei, keinen weiteren ausführlichen Leitfaden oder ein Nachschlagewerk zu schaffen, sondern ein knappes und anschauliches Produkt, das vor allem praktische Hinweise liefert.

Diese Überlegungen ergaben eine Gliederung, in der das Thema Starkregen und Überflutungsvorsorge in Kommunen, das Projekt und die Modellkommunen eingangs knapp dargestellt werden. Der Fokus liegt dann auf den fachlichen und methodischen Empfehlungen. Zum Schluss werden als Ausblick offene Fragen und Forderungen formuliert – sowohl an die kommunale Verwaltung als auch an die Politik von Kommunen, Bund und Ländern sowie Technik und Forschung. Die fachlichen Empfehlungen sind in Form eines FAQ-Katalogs dargestellt. Folgende fünf Themenbereiche, die sich aus den Anliegen der Werkstatteilnehmenden und Diskussionen in den vier Regionen ergeben haben, gliedern diesen Katalog:

- Prozess und Organisation
- Rechtliche Aspekte
- Finanzielle Aspekte
- Planungskriterien und Umsetzung
- Betrieb und Unterhaltung

Die ausgewählten Fragen wurden von der Mehrzahl der beteiligten Kommunen gestellt und gemeinsam in den Werkstätten bearbeitet. Sie liefern Anhaltspunkte zu den häufigsten und dringlichsten Problemen, den Hemmnissen und Wissensdefiziten. Zudem geben sie Hinweise, in welchen Bereichen übertragbare Lösungsansätze nötig sind, um die Überflutungsvorsorge in der Praxis zu etablieren. Die Antworten wurden so weit wie möglich gemeinsam in den Werkstätten erarbeitet und im Nachgang durch zusätzliche Expertise und Hinzuziehen von Fachliteratur ergänzt. Diese Beiträge ermöglichen einen Einstieg ins Thema und bilden fachliche Empfehlungen mit dem Schwerpunkt auf verwaltungsinternen Prozessen und Organisationsstrukturen.

Um auch Kommunen, die am Projekt nicht beteiligt waren, beim Aufbau und der Optimierung solcher Prozesse zu unterstützen, wurden methodische Empfehlungen in Form einer „Werkstatt-to-go“ entwickelt. Das Format zielt insbesondere darauf ab, den hierzu notwendigen Dialog innerhalb der Kommune bzw. zwischen den verschiedenen Ressorts strukturiert, koordiniert und effizient angehen zu können. Mit den fünf vorgeschlagenen Arbeitsmethoden (Bausteine) können sich kommunale Planer für die Überflutungsvorsorge aufstellen, kompe-

tent in den Dialog mit Kolleginnen und Kollegen eintreten, erste Arbeitsschritte üben sowie neue Verfahren einführen.

Die Veröffentlichung sollte aus allen 15 am Projekt beteiligten Kommunen Beispiele für eine erfolgreiche Umsetzung von Überflutungsvorsorge enthalten – sowohl in Form von praktischen Erfahrungen der Modellkommunen als auch konkrete Ergebnisse aus den Werkstätten. Für die Darstellung wurde mit verschiedenen Ansprechpartnern in den Städten Kontakt aufgenommen und entweder Textbausteine abgestimmt oder um passende Hinweise gebeten. Der unterschiedliche Erfahrungsstand der Modellkommunen stellte dabei sicher, dass sowohl Starter der Überflutungsvorsorge als auch Kommunen, die bereits Projekte umsetzen, hilfreiche Tipps erhalten. Grafiken sowie Fotos von umgesetzten Maßnahmen und von Arbeitssituationen in den Werkstätten verdeutlichen und illustrieren den Text anschaulich.



Abbildung 3: Aufteilung der Teilnehmenden aus den verschiedenen Fachbereichen

3. Projektergebnisse

Die im Projekt „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog“ durchgeführten Werkstätten haben gezeigt, dass ein moderierter fachlicher Austausch und ein gemeinsames interdisziplinäres Arbeiten an konkreten planerischen und umsetzungsorientierten Aufgabenstellungen (z.B. in Planspiel-Übungen) wertvolle (erste) Schritte auf dem Weg zur wirksamen Vorsorge vor starkregenbedingten Überflutungen darstellen können.

Zur Bewältigung der Herausforderungen ist eine Anerkennung der Aufgabe Überflutungsvorsorge durch die Stadtpitze erforderlich. Sie sollte die Bedeutung des Themas für die gesamte Verwaltung hervorheben und einen organisatorischen Rahmen inklusive der Frage der Federführung setzen. Nur so kann eine erfolgreiche interdisziplinäre, integrierte Herangehensweise gelingen. Dies haben Diskussionen zwischen den Teilnehmenden sowohl in den Werkstätten als auch in der Abschlussveranstaltung gezeigt. Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Städten, innerhalb derer die konkreten Projekte abgewickelt werden, verstärken mitunter die Notwendigkeit zur Positionierung. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, scheint es mitunter schwierig, die quantitativ und qualitativ notwendigen Personalressourcen aus den einzelnen Ämtern und Abteilungen für die jeweilige Projektgruppe zusammenstellen zu können.

3.1 Zielerreichung durch Forschungsansatz

Die Ergebnisse des Projektes „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog“ zeigen in ihrer inhaltlichen und methodischen Breite, dass sich Lernen und Trainieren im interdisziplinären Dialog anhand konkreter Aufgabenstellungen als Herangehen für die kommunale Überflutungsvorsorge bewährt haben. Dabei entstehen aus einem Werkstatt-Verfahren sowohl methodische als auch fachliche Erkenntnisse für die Kommune. Die Beteiligten aus Stadtentwässerung, Stadtplanung, Grünflächenplanung, Umwelt, Unterer Wasserbehörde, Straßenbau, Feuerwehr u.a. waren sich weitestgehend einig, dass sich die Teilnahme an den Werkstätten positiv auf die Zusammenarbeit in ihren Verwaltungen ausgewirkt und diese intensiviert hat. Das Thema Überflutungsvorsorge wurde damit auch bei den vermeintlich weniger betroffenen Fachbereichen stärker in den Fokus gerückt. Für die weitere Zusammenarbeit auch über das Projekt hinaus konnte durch das zur Verfügung gestellte Fachwissen eine gemeinsame Wissensbasis geschaffen werden.

3.2 Methodisches Herangehen zum Einstieg in Überflutungsvorsorge

Die im Projekt beteiligten Städte haben aus den Werkstätten viele Anregungen, Fachinformationen und Lösungsansätze zur Überflutungsvorsorge mitgenommen, sowohl für die Kommune als Ganzes als auch ressortbezogen. Diese Erfahrungen liefern Impulse für die praktische Arbeit bei der Überflutungsvorsorge in der jeweiligen Kommune und werden in die zukünftigen Herangehensweisen und Arbeitsabläufe einfließen. Im Projekt haben sich fünf unterschiedliche Arbeitsmethoden bewährt, um einen Dialogprozess zur Überflutungsvorsorge für Verwaltung und Politik zu initiieren und zu vertiefen. Problem- bzw. gebietsbezogenes Disku-

tieren und Arbeiten an konkreten Aufgabenstellungen zum Bestand oder Neubau haben sich als praktikabel für das Erschließen dieses neuen Themas gezeigt. Das praktizierte Vorgehen wurde von vielen Beteiligten als hilfreich und gut übertragbar bezeichnet. Die fünf Formate zielen insbesondere darauf ab, den hierzu notwendigen Dialog innerhalb der Kommune bzw. zwischen den verschiedenen Ressorts strukturiert, koordiniert und effizient angehen zu können. Mit den fünf vorgeschlagenen Arbeitsmethoden (Bausteine) können sich kommunale Planer für die Überflutungsvorsorge aufstellen, kompetent in den Dialog mit Kolleginnen und Kollegen eintreten, erste Arbeitsschritte üben sowie neue Verfahren einführen.

3.2.1 Baustein „Blau-Rot-Grün-Dialog“ – Interdisziplinär arbeiten

Teilnehmenden von Werkstätten können zur besseren Erkennbarkeit der unterschiedlichen Professionen in ein Farbschema eingeordnet und dies auf Namensschildern kenntlich gemacht werden. Die Zuordnung sollte stringent in den Diskussionsrunden und den Arbeitseinheiten angewendet werden.

Aufteilung der Teilnehmenden aus den verschiedenen Fachbereichen	
Blau	Stadtentwässerung, Untere Wasserbehörde, Straßenbau, Feuerwehr
Rot	Stadtplanung, Bauordnung, Bauleitplanung, Stadtentwicklung
Grün	Umwelt(schutz), Grünflächenplanung, Naturschutz, Landschaftsplanung

Tabelle 10: Aufteilung der Teilnehmenden aus den verschiedenen Fachbereichen

Dieses Farbschema erleichtert nicht nur das Kennenlernen von Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fachbereichen. Es dient der Identifikation von Themen und der eigenen Orientierung. Darüber hinaus verdeutlichen die Farben bei Diskussionen untereinander, welche Aufgaben und Zuständigkeiten der Sprecher gemäß seiner Funktion in der Kommune erfüllt und aus welcher fachlichen Richtung die Argumente kommen. Die farbliche Zuordnung der Teilnehmenden zu Arbeitsbereichen macht auf diese Weise auch sichtbar, welches Expertenwissen jemand bei der Lösungssuche einbringen kann und in welche Zuständigkeit Kosten zur Überflutungsvorsorge fallen (können). Die Visualisierung schafft Klarheit und erleichtert das gemeinsame Arbeiten – nicht nur in größeren Städten, sondern auch in kleinen Kommunen und in der regionalen Zusammenarbeit. Daher wird eine Kenntlichmachung für den Dialog mit den beteiligten Fachbereichen empfohlen. Über die benannten Fachbereiche hinaus können weitere Disziplinen themenspezifisch eingebunden werden. Dazu gehört z.B. der Finanzbereich. Je früher und intensiver dieser eingebunden ist desto einfacher ist es in der Regel, die notwendige Finanzierung von Maßnahmen in den Haushalt einzubringen, da durch die frühzeitige Einbindung die Chance besteht, ein Grundverständnis für die Notwendigkeit von Maßnahmen herzustellen.

3.2.2 Baustein „Externer Input“ – Wissen aufbauen

Vorträge oder externe Inputs sind für Kommunen einfach zu organisieren, niedrighschwellig für den Teilnehmerkreis und zielgenau umsetzbar. Input-Vorträge dienen sowohl der Informationsvermittlung und dem Wissenstransfer, als auch dem Vorstellen von Praxisbeispielen und der Herstellung einer gemeinsamen Wissensbasis für alle Teilnehmenden. Solche „Inhouse-

Schulungen“ in Form von Vorträgen können Kommunen für sich alleine organisieren, doch natürlich kann eine Informationsveranstaltung auch für mehrere benachbarte Kommunen durchgeführt werden.

Eingeladen werden können Fachleute aus Wissenschaft oder Praxis, die unterschiedliche Kompetenzen besitzen. Wichtig ist, Vorträge und Fachleute an die Bedarfe und den Wissensstand von Teilnehmenden anzulehnen. Damit können Mitarbeiter an bestehende Probleme, kommunale Ressourcen und individuelle Kompetenzen anknüpfen. Vereinfacht gesagt, sind Wissenschaftler mit (technischen und organisatorischen) Innovationen bestens vertraut, Experten aus der Praxis bringen in der Regel schon geeignete Lösungsansätze, erprobtes Wissen und Verwaltungserfahrung mit, Berater sind darauf spezialisiert, individuelle Themen gezielt aufzugreifen. Geeignete Referenten finden Kommunen über die jeweiligen Fachverbände, im Wissenschaftsbereich, über die Bundes- und Landesministerien, in Planungsbüros in Ihrer Nähe oder auf Fachkonferenzen. Auch eine Nachfrage bei der Nachbarkommune kann sich lohnen, in der jemand bereits aus eigener Erfahrung berichten kann.

3.2.3 Baustein „Sprechstunde“ – Lösungsansätze finden

Beim Format „Sprechstunde: Kommunen fragen – Experten antworten“ laden Kommunen externe Fachleute aus verschiedenen Fachrichtungen ein und binden diese kurzfristig bei der Klärung und Lösungsfindung aktueller Themen ein. Themen ergeben sich meist aus dem Planungsalltag und aktuellen Aufgabenstellungen (z.B. ein Schadensfall, eine neue Aufgabenorganisation, die Suche nach kostengünstigen Lösungen, Verhandlungen über Kostenteilung, die Klärung von Haftungsfragen). Wichtiger Bestandteil bei dieser Vorgehensweise ist, dass neben den eingeladenen Experten alle Anwesenden ebenfalls als Experten fungieren können: Das Wissen und die Kompetenz der Fachbereiche befindet sich im Raum und kann geteilt werden. Ziel der Sprechstunde ist es, Anliegen in großer Runde mit versammeltem Fachwissen zu besprechen, Fragen „live“ zu klären und darüber Lösungen für aktuelle Probleme zu finden. Zur zielgenauen Suche von Experten für die Sprechstunde dienen die fünf Kernthemen Prozess und Organisation, Rechtliche Aspekte, Finanzielle Aspekte, Planungskriterien und Umsetzung sowie Betrieb und Unterhaltung.

Bei einem nachfolgenden zweiten Treffen können „Kurzreports“ zum Umsetzungsstand erste Erfolge und Hemmnisse sichtbar machen. Darüber hinaus reflektieren die Teilnehmenden ihre „Baustellen“ und Aufgaben innerhalb der Kommunen, wonach gemeinsam an Lösungen gearbeitet werden kann.

3.2.4 Baustein „Anliegen und Rollen klären“ – Themen sammeln

Einer der ersten Schritte im Dialogprozess ist das Klären von Anliegen und Rollen. Hierbei kommen mindestens die drei genannten Fachbereiche zusammen und benennen ihre vorrangigen Anliegen im Zusammenhang mit der kommunalen Überflutungsvorsorge. Mit dem gemeinsamen Sammeln von Themen und wichtigen Anliegen aus allen Fachbereichen wird die Grundlage für eine integrierte Bearbeitung der Überflutungsvorsorge geschaffen. Alle

Teilnehmenden beantworten die Frage, welches vordringliche Anliegen sie in ihrer Funktion und ihrem Arbeitszusammenhang mit der kommunalen Überflutungsvorsorge verbinden. Die Anliegen werden nach der fachlichen Zugehörigkeit blau/rot/grün notiert, denn mit der Zuständigkeit der Fachämter sind auch Aufgabenverteilung innerhalb der Kommune und Rollen verbunden. Aus der Priorisierung aller Anliegen lassen sich erste nachfolgende Arbeitsschritte ableiten: Wird von den Teilnehmenden vorrangig Wissensaufbau zum Thema Überflutungsvorsorge gewünscht, kann zum Beispiel ein Input durch einen externen Experten erfolgen. Zu Haftungsfragen beraten Rechtsexperten gezielt, für die Umsetzung einer multifunktionalen und kostengünstigen Grünfläche ist gegebenenfalls ein Planungsbüro erforderlich. Werden positive Vorgehensweisen zur Umsetzung nachgefragt, liefert dies vielleicht die Nachbarstadt, die für den Erfahrungsaustausch bereit steht. Wesentlich für diesen Arbeitsschritt ist, die formulierten Themen und Anliegen zu nutzen, um die nächsten Handlungsschritte für Ihre Kommune zu priorisieren.

3.2.5 Baustein „Planspiel-Übung“ – Lösungen einüben

Im Planspiel wird ein Stück Wirklichkeit durchgespielt, ausgehend von einem Konflikt, der eine typische Situation der Realität darstellt. Die Mitwirkenden haben im Planspiel die Möglichkeit, Verhaltensweisen gemeinsam auszuprobieren, quasi zu „simulieren“ und in ihren Konsequenzen durchzuspielen. Daher kann man von einem „Probearbeiten mit Ernstcharakter“ sprechen. Die am Konflikt beteiligten Interessengruppen werden vorgegeben und ordnen sich einer dieser Gruppen zu. Alle Akteure versuchen im Planspiel, ihre Interessen optimal zu vertreten. Dabei müssen die Teilnehmenden sich einerseits mit der Thematik, andererseits mit den unterschiedlichen bzw. gegensätzlichen Interessen der beteiligten Gruppen auseinandersetzen. Solche Planspiele erlauben das experimentelle Herangehen und das Fällen von Entscheidungen, deren Konsequenzen in der Simulation ohne großen Schaden durchgespielt werden können (nach Klippert 2002, Fürstenberg 1994).

Im Projekt „Planer im Dialog“ wurden im Rahmen der Werkstätten jeweils mehrere Arbeitseinheiten (Werkstatt-Gespräche) in Kleingruppen durchgeführt, die an die Methode des Planspiels angelehnt waren. An konkreten (Plan-)Beispielen und Maßnahmen erfolgte experimentell die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Fachdisziplinen. In vier Phasen durchliefen die Projektbeteiligten aus bis zu fünf Fachbereichen die Aufgabenstellung und spielten das „Probearbeiten einer integrierten Überflutungsvorsorge“ durch. Hierbei war die Frage nach dem möglichen Mehrwert der integrierten Planung zu beantworten. Die fachübergreifende Zusammenarbeit der verschiedenen beteiligten Fachämter wurde unter dem Schwerpunkt Überflutungsvorsorge in den Blick genommen und es wurden hierfür Empfehlungen abgeleitet.

Ein solches „Probearbeiten“ sollte nach Möglichkeit durch eine externe Moderation geleitet werden, damit die unterschiedlichen Interessen der teilnehmenden Fachbereiche gewahrt bleiben und eine neutrale Durchführung gewährleistet wird. Die Planspiel-Übung bietet beteiligten Kommunen die Möglichkeit, Probleme und Konsequenzen, die für die Verwaltung mit den Aufgaben der Überflutungsvorsorge verbunden sind, in einem geschützten Rahmen

durchzuspielen, sich darüber bewusst zu werden sowie sich allgemein mit der Thematik und den zum Teil gegensätzlichen Interessen aller Fachbereiche auseinanderzusetzen. Mitarbeiter üben dabei die Zusammenarbeit und suchen nach Lösungen für einen konkreten Planungsfall. Diese Planspiel-Übungen helfen, die Vor- und Nachteile neuer Instrumente und Vorgehensweisen zu bewerten sowie Schlussfolgerungen für ein koordiniertes Verwaltungshandeln zu treffen. Sie lernen einzuschätzen, welche Anforderungen auf die Verwaltung vor, während oder nach der Einführung einer neuen Aufgabe zukommen. Darüber hinaus geht es um Informationsvermittlung und Kommunikation. Vorteilhaft ist, dass Beteiligte „testweise“ ihre Zuständigkeit verschieben und probenhalber Kosten verhandeln dürfen. Im Allgemeinen regt diese Planspiel-Übung den Dialog an, hilft Hemmnisse (bei der Überflutungsvorsorge) auszuräumen und erste Lösungen zu entwickeln.

Vier verschiedene Phasen in der Planspiel-Übung:

a) Vermittlung der Ausgangslage: Bei der Vermittlung der Ausgangslage sollen zunächst allgemeine Informationen zum Planungsgebiet für alle Anwesenden gegeben und die Beteiligten benannt sowie die Aufgabenstellung umrissen werden. Als Beispiel bieten sich überschaubare und thematisch klar abgrenzbare Gebiete an. Diese können innerhalb, aber auch außerhalb der eigenen kommunalen Grenzen liegen, da es um eine fiktive Bearbeitung gehen soll.

b) Rollenarbeit: In der Rollenarbeit macht sich jeder mit der im Rahmen der Aufgabenstellung zugewiesenen Rolle vertraut: Welche Position wird eingenommen und was ist die Aufgabe in dem spezifischen Konflikt? In Gesprächen geht es um die Entwicklung eines Standpunktes und schließlich darum, Strategien für das weitere Vorgehen zu entwickeln. Bei „Planer im Dialog“ hat es sich als vorteilhaft gezeigt, wenn diese ersten Arbeitsgruppen zunächst ressortbezogen, d.h. innerhalb eines Aufgaben- bzw. Fachbereichs (siehe rot, grün, blau) gebildet werden, um sich ein gemeinsames Bild über die Ausgangslage machen zu können. Der fachliche Austausch mit den Teilnehmenden aus der gleichen Disziplin stärkt die Positionen der einzelnen Ressorts und hilft, erste Empfehlungen zur Zusammenarbeit aus fachbezogener Sicht formulieren zu können.

c) Konferenz: Die Konferenz- und Werkstattphase ist das Herzstück der Planspiel-Übung. Hier treffen die unterschiedlichen Parteien aufeinander, besprechen sich umfassend, setzen sich über die Aufgabenstellung auseinander und fällen die Entscheidung zur Konfliktlösung. Diese zweite Gruppenarbeitsphase in Form der Konferenz wird mit fachübergreifender Zusammensetzung durchgeführt, in der für Kommunen üblichen Form der ämterübergreifenden Arbeitsweise.

d) Auswertungsrunde: Die Ergebnisse werden dokumentiert, im Plenum zusammengetragen und im Hinblick auf die unmittelbaren Erfahrungen und Erkenntnisse ausgewertet. In der anschließenden Diskussion suchen Teilnehmende die Übertragbarkeit auf die Realität, sammeln offene Fragen und formulieren Empfehlungen.

Im ersten Arbeitsschritt geht es um grundlegende Bestandsaufnahme und geplante Veränderungen im gewählten Beispielgebiet. Der zweite Schritt beinhaltet eine Auseinandersetzung innerhalb der jeweiligen Fachbereiche Stadtplanung, Stadtentwässerung und Grün- und Freiflächenplanung mit ihren Rahmenbedingungen vor Ort und eine Positionierung dazu. Im dritten Schritt beschäftigen sich Kommunen überämterübergreifend mit der Folgenabschätzung dieses neuen Prozesses in der Verwaltung und deren Überführung in ressortübergreifende Festlegungen. Maßnahmen und Planungsentwürfe können den MURIEL Publikationen Teil 2 und 3 entnommen werden: Hier finden sich Beschreibungen und anschauliches Material, wie Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge aussehen können und welche Elemente bei welchen Problemen geeignet sind. Darüber hinaus werden Entwurfsbeispiele für multifunktionale Flächen vorgestellt: die Umgestaltung einer Grünfläche, eines öffentlichen Platzes, eines Parkplatzes und einer Straße. Diese Informationen sind übertragbar und eignen sich damit für die verwaltungsinterne Diskussion.

Zielstellungen durch das Planspiel:

- Entscheidungsfindung einüben,
- Eignung von verschiedenen öffentlichen Retentionsflächen diskutieren und prüfen,
- Betriebs- und Unterhaltungskosten aushandeln,
- Rechtliche Fragestellungen besprechen, wenn möglich klären,
- Fachwissen steigern/vergrößern,
- Erfahrungen austauschen,
- Probleme und Hemmnisse bei Zusammenarbeit und Umsetzung identifizieren (z.B. Zuständigkeiten, Finanzierung, Profit),
- Verbesserung der Zusammenarbeit im Planungsalltag.

3.3 Fachliche Aspekte als Ergebnisse aus den Werkstätten

In den Werkstätten entstanden zahlreiche fachliche Ergebnisse zu den fünf Themen Prozess und Organisation, Rechtliche Aspekte, Finanzielle Aspekte, Planungskriterien und Umsetzung sowie Betrieb und Unterhaltung.

Konkrete Ergebnisse aus den Werkstätten thematisieren beispielsweise Haftungsfragen bei multifunktionalen Flächen, Anregungen zur Gebühren- oder Steuerfinanzierung von Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge, Gestaltung und Bewertung von Planungskriterien, Festlegungen von Zuständigkeiten und Kostenverteilungen bei Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge bzw. vertragliche Regelungen zwischen Fachressorts. Wesentliche Erkenntnisse beziehen sich auf notwendige Veränderungen bei Planungsprozessen und Verwaltungsstrukturen hin zu ressortübergreifenden Vorgehensweisen. Dazu werden bestehende Arbeitskreise genutzt oder auch neue in den Kommunen gegründet. Unsicherheit besteht in vielen Städten weiterhin beim Umgang mit Starkregengefahrenkarten. Das Thema Austausch und Bereitstellung von Daten zur Überflutungsvorsorge ist zu klären und die Sensibilisierung von Verwaltung, Politik, Investoren und Bürgern zum Thema Starkregen muss weiter vorangetrieben

werden. Um die Ergebnisse einer breiten Leserschaft zugänglich zu machen, wurden sie in Form einer FAQ-Liste und als Empfehlungen aufbereitet.

3.3.1 FAQ-Liste

Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den 15 Städten haben ihre Anliegen zum Thema kommunale Überflutungsvorsorge zu Beginn der gemeinsamen Arbeit in den Regionen formuliert.

Die Fragen des FAQ-Katalogs wurden von der Mehrzahl der beteiligten Kommunen gestellt und gemeinsam in den Werkstätten bearbeitet. Sie liefern eine übersichtliche Wissensgrundlage: Anhaltspunkte zu den häufigsten und dringlichsten Problemen, den Hemmnissen, Wissensdefiziten. Zudem geben sie Hinweise, in welchen Bereichen übertragbare Lösungsansätze nötig sind, um die Überflutungsvorsorge in der Praxis zu etablieren. Diese zentralen Fragen wurden den fünf Themen zugeordnet und anschaulich in Form von „FAQ“ (frequently asked questions = häufig gestellte Fragen) formuliert. Die Antworten wurden so weit wie möglich gemeinsam in den Werkstätten erarbeitet und im Nachgang durch zusätzliche Expertise und Hinzuziehen von Fachliteratur ergänzt. Diese Beiträge ermöglichen einen Einstieg ins Thema und bilden fachliche Empfehlungen mit dem Schwerpunkt auf verwaltungsinternen Prozessen und Organisationsstrukturen.

Frequently asked questions (FAQ) zur Gemeinschaftsaufgabe Überflutungsvorsorge:

Prozess und Organisation

1. Wo kann eine überflutungsgerechte Planung ansetzen?
2. Wie kann Überflutungsvorsorge innerhalb der Verwaltung organisiert werden?
3. Welche Strukturen eignen sich für eine frühzeitige Einbindung?
4. Welchen Beitrag leisten die unterschiedlichen Fachbereiche?
5. Wie kann Überflutungsvorsorge in Planungsabläufen etabliert werden?

Rechtliche Aspekte

1. Welche rechtlichen Fragen müssen geklärt werden?
2. Wie können Haftungsrisiken minimiert werden?

Finanzielle Aspekte

1. Wie können die Kosten verteilt werden?
2. Können Abwassergebühren zur Überflutungsvorsorge genutzt werden?
3. Wo gibt es Fördermittel?

Planungskriterien und Umsetzung

1. Welche Informationen und Instrumente sind erforderlich?
2. Welche Kriterien können bei Planung und Umsetzung eine Rolle spielen?
3. Wie gelingt der Einstieg in Maßnahmen und Projekte?

Betrieb und Unterhaltung

1. Wer ist für Betrieb und Unterhaltung von Maßnahmen zuständig?
2. Was ist bereits im Zuge der Planung zu berücksichtigen und zu regeln?
3. Was ist nach einem Starkregenereignis zu tun?

3.3.2 Prozess und Organisation

Erklärtes Ziel des Projekts war es, Planer in den Dialog zu bringen, damit Maßnahmen der Überflutungsvorsorge integriert geplant werden können – dafür sind der Planungsprozess und die Organisation innerhalb der Verwaltung von entscheidender Bedeutung. Viele Arbeitseinheiten in den Werkstätten des Projekts zielten somit darauf ab, Ansatzpunkte und Möglichkeiten zu identifizieren, mit denen sich dieses integrierte und kooperative Planen zielgerichtet, ausgewogen und effizient gestalten lässt. Vor diesem Hintergrund konnten insbesondere zu diesem Themenkomplex Ergebnisse erzielt und Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, die im Folgenden wiedergegeben werden.

Es gilt, die sich bietenden „Gelegenheitsfenster“ bei anstehenden Planungs- bzw. Baumaßnahmen zu nutzen. Immer wenn ein Neubau, eine Grundsanierung oder Umgestaltung einer Straße, eines Platzes oder einer Grünfläche ansteht oder wenn ein Neubaugebiet erschlossen werden soll, lassen sich durch die frühzeitige Berücksichtigung von Starkregenereignissen wirkungsvolle und zugleich kostengünstige (ggf. sogar kostenneutrale) Lösungen für den Überflutungsschutz realisieren. Auch in Quartierskonzepten und der integrierten Stadtentwicklungsplanung sollte die Überflutungsvorsorge systematisch mitgedacht und berücksichtigt werden.

Die fachliche Arbeit zur kommunalen Überflutungsvorsorge liegt bei den verschiedenen planenden Ressorts innerhalb der Stadtverwaltung bzw. privatisierten Einrichtungen. Zu nennen sind hierbei insbesondere Stadtplanung, Grünflächenamt, Tiefbau- bzw. Straßenbauamt, Stadtentwässerung und Umweltamt. Angrenzende Stellen wie z.B. die (Hoch-)Bauverwaltung, Rettungsdienste, Feuerwehren und der Katastrophenschutz sollten ebenfalls einbezogen werden. Dabei kann es hilfreich sein, wenn es innerhalb der Verwaltung eine zentrale Stelle oder Person gibt, die das Thema vorantreibt und koordiniert. Diese Person/Stelle sollte einerseits über die entsprechende Fachkompetenz verfügen, andererseits bei allen Beteiligten hinreichend akzeptiert sein. Des Weiteren sollte eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Problematik angestoßen und organisiert werden.

Wie das Thema der Überflutungsvorsorge **innerhalb der Verwaltung am besten organisiert** werden kann, sollte innerhalb der jeweiligen Kommune und vor dem Hintergrund der bestehenden Strukturen und Zuständigkeiten, der etablierten Abläufe und weiterer lokaler Randbedingungen diskutiert werden. Hierzu empfiehlt es sich, einen offenen Dialog im Sinne eines Runden Tisches anzustoßen und diesen ggf. zu institutionalisieren (z.B. fester Arbeitskreis Starkregen/Klimaanpassung). Hilfreich kann es sein, die Belange von Starkregen und Über-

flutungsvorsorge sowohl auf einer übergeordneten Ebene (z.B. Ämterrunde, Stadtvorstand) zu thematisieren als auch jeweils projektbezogen auf der Sachgebietsebene.

Von entscheidender Bedeutung ist es, das Anliegen der Überflutungsvorsorge bei allen entsprechenden Planungsaktivitäten **frühzeitig zu adressieren** – meist deutlich früher als es bislang im Regelverfahren der Fall ist. Dies erfordert einen frühzeitigen Informationsfluss, insbesondere zwischen dem Impulsgeber für eine Planung (z.B. Stadtplanungsamt, Tiefbauamt etc.) und der Stadtentwässerung als Trägerin des größten wasserwirtschaftlichen Know-hows innerhalb der Kommunalverwaltung. In den Werkstattgesprächen zeigte sich, dass eine frühzeitige Berücksichtigung und die frühere aktive Einbindung anderer Fachstellen möglich sind. In den Planspiel-Übungen wurden Ansätze identifiziert und entwickelt, wie Um- und Neuplanungen ggf. vermieden und damit der Gesamtprozess insgesamt effizienter gestaltet werden können. Die Akzeptanz für das Thema ist bei den verschiedenen Fachstellen am höchsten, wenn **jedes Ressort seinen individuellen Fachbeitrag zu dieser Querschnittsaufgabe** leisten kann und die Überflutungsvorsorge gemeinschaftlich „auf Augenhöhe“ bearbeitet wird. Dieses Vorgehen bietet auch die Möglichkeit, Synergien zu nutzen (z.B. Steigerung der Aufenthaltsqualität durch Grünflächen) und Konflikte frühzeitig zu lösen (z.B. Barrierefreiheit). Die Werkstattteilnehmenden nannten bspw. Scopingtermine, Planungskonferenzen, Planungsberatungen, Anlaufbesprechungen, Ämter-Koordinierungsrunden, Ämterabfragen oder Baukonferenzen. Hierbei erscheint es lohnend, auf bereits bestehende Abläufe aufzusetzen, diese bedarfsgerecht anzupassen und die Integration der Belange des Starkregenmanagements in den Abläufen sukzessive zu standardisieren.

3.3.3 Rechtliche Aspekte

Die rechtlichen Aspekte der Überflutungsvorsorge bildeten keinen ausgewählten Schwerpunkt in den Werkstätten „Planer im Dialog“. Gleichwohl traten in allen acht Werkstätten bei den Teilnehmenden Fragen, Unsicherheiten und Forderungen bezüglich der rechtlichen Rahmenbedingungen im Allgemeinen sowie der Haftung der Kommune oder einzelner Mitarbeiter im Speziellen auf. Sie reichen von Fragen der kommunalen Pflicht zur Überflutungsvorsorge über Fragen der Veröffentlichungspflicht von Risikokarten bis hin zu Haftungs- und Finanzierungsfragen.

Die Klärung rechtlicher Fragen muss vor dem Hintergrund der heterogenen Rahmenbedingungen der Bundesländer geschehen. Der neue § 54, Satz 7, des Landeswassergesetzes NRW ermöglicht zum Beispiel erstmalig und ganz gezielt die Umlage von Kosten für Maßnahmen der Niederschlagswasserableitung und Niederschlagswasserbewirtschaftung, die dem Schutz vor Überflutung und Verschlammung von Gemeingütern, öffentlichen Abwasseranlagen und Grundstücken dienen, auch zur Klimafolgenanpassung. Dementsprechend sind Maßnahmen, die zur schadlosen Ableitung von Niederschlagswasser beitragen, wie z.B. der Einbau zusätzlicher Sinkkästen, die Errichtung von Notwasserwegen auf Straßen oder die Ko-Finanzierung oberirdischer Retentionsräume, gebührenfähig. Aber auch in anderen Bundesländern lässt sich dies aufgrund der Begriffsdefinitionen von Abwasser im Wasserhaushalts-

gesetz (WHG) rechtskonform realisieren. Mit Blick auf die Möglichkeiten der Städte, selbst rechtsverbindliche Festlegungen zur Überflutungsvorsorge zu treffen, stellen die kommunalen Abwassersatzungen ein wichtiges Instrument dar. Der in der DIN 1986 Teil 100 geforderte Überflutungsnachweis kann über die Abwassersatzung eine rechtliche Bindewirkung entfalten, und auch beispielsweise Rückstausicherungen können über die Satzung verbindlich von den Grundstückseigentümern gefordert werden. Ferner haben Kommunen gewisse Freiheitsgrade bei der Festlegung der Rückstauenebene. Im Rahmen der gemeindlichen Bauleitplanung haben Kommunen zudem die Möglichkeit, Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge über Flächenausweisungen und gezielte Festsetzungen im Bebauungsplan voranzubringen.

Hinsichtlich der Haftungsrisiken bei Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge bestehen bei städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum Teil große Unsicherheiten, z.B. der Einstauung eines öffentlichen Platzes während eines Starkregeneignisses. Dies liegt auch darin begründet, dass es bislang kein BGH-Urteil gibt, welches ultimative Sicherheit schaffen würde. Es empfiehlt sich in jedem Fall, die (Haftungs-)Risiken im Zusammenhang zu betrachten und Gefahren frühzeitig abzuschätzen. Diese Gefahrenanalyse sollten die Planer einschließlich der bei der Planung berücksichtigten Kriterien (z.B. Einstauhöhe, Gefälle etc.) nachvollziehbar dokumentieren als Nachweis, dass die Stadt sich mit der Abwägung der Gefahren intensiv beschäftigt hat.

Wassertypische Gefahren durch offene Wasserflächen müssen ebenso konkret kommuniziert werden wie positive Aspekte (z.B. die geordnete Retention, die damit verbundene Minderung von Gefahren und die Verbesserung des Überflutungsschutzes im angrenzenden Siedlungsraum), damit solche Anlagen nicht aus Unwissenheit bereits in der Planungsphase von der Bevölkerung abgelehnt werden. Hinsichtlich der Frage, ob eine Beschilderung oder sogar Einzäunung von multifunktional genutzten Flächen notwendig ist, herrscht ein sehr unterschiedliches Verständnis in den Kommunen. Während in der einen Stadt Regenrückhaltebecken nicht eingezäunt werden und einige Stadtplaner vor einem Schilderwald warnen, sehen andere dauerhafte Hinweise und Sicherungsmaßnahmen als unerlässlich an. Die Frage ist jeweils in der Kommune zu thematisieren und sollte mit Blick auf die tatsächlich bestehende Gefahrenlage (mit Augenmaß) beantwortet werden. Eine Rückkoppelung mit den kommunalen Versicherern kann zudem im Einzelfall helfen, Haftungsrisiken zu vermeiden. Trotz der rechtlichen Unsicherheiten gilt zu bedenken, dass ein Unterlassen von Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge unter Umständen größere Risiken birgt als die bewusste und gut dokumentierte Gefahrenabwehr.

3.3.4 Finanzielle Aspekte

Die gesicherte Finanzierung von Maßnahmen und Projekten der Überflutungsvorsorge ist eine der zentralen Umsetzungsvoraussetzungen für die Erfolgsaussichten des Vorsorgehandelns in Kommunen. Es gibt Vorsorgemaßnahmen, die nahezu kostenneutral bzw. ohne großen finanziellen Mehraufwand in ohnehin vorgesehene Baumaßnahmen integriert werden können und deren Finanzierung bereits gesichert ist. Hier kann die Überflutungsvorsorge bei

frühzeitiger Berücksichtigung in der Planung in diese Maßnahmen integriert werden, und im besten Fall sind die entstehenden Mehrkosten beitrags- oder gebührenfähig. Allerdings ist eine ganze Reihe von Maßnahmen mit zusätzlichen Kosten verbunden, die Städte und Gemeinden nicht oder nur schwer aufbringen können.

Generell empfiehlt es sich, die **Kosten nach dem Charakter der jeweiligen Maßnahme zuzuordnen** bzw. zu verteilen. Übergeordnete Maßnahmen des Starkregenmanagements, die keinem Ressort unmittelbar zugeordnet werden können, sind gemeinschaftlich zu tragen. Die Frage der Grundfinanzierung ist von essentieller Bedeutung und muss innerhalb der Kommune, vor allem zwischen Politik, Stadtvorstand und Fachressorts, diskutiert und entschieden werden. Für bauliche Maßnahmen lassen sich die Kosten häufig gemäß den anteiligen Zwecken einer Anlage projektbezogen verteilen. Im Idealfall entstehen keine merklichen Mehrkosten oder sie sind in Relation zu den Kosten der (ohnehin geplanten) Gesamtmaßnahme sehr gering.

Um die Kosten für Maßnahmen der Überflutungsvorsorge **fair und angemessen zu verteilen**, sollte – wie auch generell bei Planungs- und Bauvorhaben – eine möglichst frühzeitige, ressortübergreifende Kooperation und transparente Klärung zwischen den Beteiligten erfolgen. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, die Kosten transparent nach den Kostenarten (Planung, Bau, Betrieb), Kostenträgern und dem jeweiligen Zweck aufzuschlüsseln. Zu berücksichtigen sind sowohl Planungs- und Baukosten einer Maßnahme als auch langfristige Betriebs- und Unterhaltungskosten, die in den Kommunen oftmals deutlich schwerer bereitzustellen sind. Hilfreich sind in diesem Zusammenhang projektunabhängige Rahmenvereinbarungen, die hinsichtlich der Finanzierung bzw. der allgemeinen Kostenverteilung von Gemeinschaftsaufgaben (Verteilungsschlüssel) getroffen werden. Eine Standardlösung zur Verteilung der Kosten für Überflutungsvorsorgemaßnahmen in Kommunen existiert allerdings nicht und wird es auch nur schwerlich geben können.

Abwassergebühren können zur Überflutungsvorsorge genutzt werden, wenn starkregenbedingte Oberflächenabflüsse im Siedlungsgebiet (mit Blick auf Paragraph 54 Wasserhaushaltsgesetz (WHG)) als Abwasser angesehen werden und wenn sie „aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen stammen und gesammelt zum Abfluss kommen“ (Sieker 2018). Daher können planerische oder bauliche Vorkehrungen zur Überflutungsvorsorge grundsätzlich der Abwasserbeseitigung zugeordnet und somit auch in angemessenem Rahmen aus Abwassergebühren finanziert werden (Nisipeanu 2015). Es sei jedoch angemerkt, dass hierzu noch keinerlei höchstrichterlichen Urteile vorliegen und somit eine gewisse Rechtsunsicherheit verbleibt. Gleichwohl stellt die (ggf. anteilige Ko-)Finanzierung von Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge aus Abwassergebühren eine Finanzierungsoption dar, die von einer Kommune aufgegriffen und verfolgt werden kann, aber nicht muss. Die Vorgaben des Bundesgebührengesetzes und sowie der landesspezifischen Kommunalabgabengesetze und Gemeindeordnungen müssen gewahrt bleiben.

Bisher stehen den Kommunen keine expliziten **Fördermöglichkeiten für Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge** zur Verfügung. Es existieren jedoch unterschiedliche Förderangebote der EU, des Bundes und der Länder, die im weiteren Fachkontext auch mit Blick auf die Überflutungsvorsorge erfolgsversprechend sind. Einige Bundesländer, wie zum Beispiel Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz fördern die Erstellung kommunaler Starkregenmanagementkonzepte, inkl. der Erstellung von Starkregengefahren-/risikokarten durch ein Ingenieurbüro. Nordrhein-Westfalen wird sich hier – voraussichtlich noch in 2018 – anschließen. Auch für bauliche Maßnahmen wie z.B. Rückhalteanlagen außerhalb der Bebauung oder Gewässerumgestaltungen gibt es in verschiedenen Bundesländern Fördermittel aus den etablierten Hochwasserschutzprogrammen. Informationen hierzu sind jeweils bei den regionalen Wasserwirtschaftsverwaltungen erhältlich.

Darüber hinaus gibt es eine **Reihe von Förderprogrammen**, die im Kern auf andere Fördergegenstände ausgerichtet sind, die sich aber durchaus mit der Überflutungsvorsorge verbinden lassen. Der Bund und einige Länder fördern beispielsweise die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten (auch mit dem Schwerpunkt Überflutungsvorsorge) und ggf. Analysen, nicht jedoch die Planung oder den Bau von konkreten Maßnahmen. Beim Anpassungsthema Hitzeschutz bestehen Fördermöglichkeiten im Gebäudebereich durch die KfW (Synergien mit energetischer Sanierung). Teilweise können Städtebaufördermittel, insbesondere Gelder aus dem 2017 neu gestarteten Bund-Länder-Programm "Zukunft Stadtgrün" sowie den Programmen „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Ost und West“, für die Umsetzung von Maßnahmen, wie z.B. die Herstellung multifunktionaler Grün- und Freiflächen von ökologischer, sozialer und städtebaulicher Bedeutung oder die Schaffung von Retentionsflächen, eingesetzt werden. Ähnliches gilt für Fördermöglichkeiten auf EU-Ebene, wie bspw. den EFRE-Fonds. Daneben fördern der Bund im Rahmen der Deutschen Anpassungsstrategie und verschiedene Bundesländer individuelle Pilotprojekte mit Leuchtturmcharakter.

3.3.5 Planungskriterien und Umsetzung

Zur zielgerichteten und effizienten Überflutungsvorsorge sind solide Grundlageninformationen und ein übergeordnetes kommunales Handlungskonzept erforderlich. Bei den Grundlageninformationen sind insbesondere Überflutungsgefahren- bzw. Risikokarten hilfreich (siehe z.B. DWA-Merkblatt M 119). Um diese erstellen zu lassen, bedarf es meist der Beauftragung eines qualifizierten Ingenieurbüros. Geeignet sind insbesondere Klimaanpassungskonzepte, aber auch spezifische Konzepte, wie z.B. das Klimakonzept Wasser der Stadtentwässerungsbetriebe Köln aus dem Jahr 2013. Die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten der Überflutungsvorsorge kann durch die Berücksichtigung in zentralen kommunalen Strategien, Leitbildern und Konzepten, hier sind insbesondere Integrierte Stadtentwicklungskonzepte und Quartierskonzepte zu nennen, entscheidend befördert werden. Es braucht zudem eine Reihe von Informationen und Daten, um an den entscheidenden Stellen im Stadtgebiet vorsorgend tätig werden zu können. Generell empfiehlt es sich, alle konzeptionellen und planerischen Maßnahmen der weitergehenden Überflutungsvorsorge auf eine solide Planungsgrundlage zu stellen. An einigen Stellen können oder müssen bestehende Überflutungsrisiken auch be-

wusst in Kauf genommen werden. Ein flächendeckender Ausbau der Entwässerungsinfrastruktur, um außergewöhnliche Starkregen schadlos ableiten zu können, ist weder zielführend noch leistbar.

Für die Konzeption und technische Planung von Anlagen zur Ableitung oder Zwischenspeicherung von Starkregenabflüssen (jenseits des Bemessungsniveaus der Kanalisation) fehlt bislang das technische Regelwerk. Dies bietet Planern viele Freiheitsgrade und einen weiten Gestaltungsspielraum, der durchaus positiv gesehen werden kann. Eine erste Orientierungshilfe zur technischen Planung geben verschiedene Broschüren und Arbeitshilfen (z.B. MURIEL).

Informationen und Instrumente: Um einen Überblick darüber zu erhalten, an welchen Stellen im Stadtgebiet bei Starkregenereignissen eine erhöhte bzw. besonders hohe Überflutungsgefahr besteht und prioritär Maßnahmen umzusetzen, ist eine Überflutungsanalyse mit Schadens- oder Risikopotenzialkarte hilfreich und notwendig. Jede Kommune muss zu Beginn des Prozesses für sich klären, welche Basisinformationen, Daten und Instrumente erforderlich sind und für die Überflutungsvorsorge genutzt werden sollen, wie z.B. Starkregengefahrenkarten. Informationen, die darüber hinaus hilfreich sind und grundlegend für das Vorsorgehandeln genutzt werden können, sind z.B. Klimaanalysen, Hochwassergefahrenkarten, wasserwirtschaftliche Fachbeiträge, fachliche Gutachten, Monitoring der Schadensereignisse, Planungshinweiskarten wie Potenzialkarten für Hitze, Versickerung, Retention, Entsiegelung, Regenwasserableitung. Damit den Fachbereichen solche aktuellen und fachspezifischen Daten zur Verfügung stehen, ist entscheidend, dass die unterschiedlichen Dienststellen Zugriff auf die Daten haben. In einigen Städten werden daher verwaltungsintern zentrale Informationssysteme betrieben. Darüber hinaus empfiehlt es sich, bei einer anstehenden Planung (z.B. B-Plan, Umgestaltung eines Platzes, Sanierung einer Straße) gezielte Fachanalysen oder Fachbeiträge frühzeitig im Planungsprozess anzustoßen. Dies erfolgt idealerweise durch oder in enger Abstimmung mit der Stadtentwässerung.

Kriterien, die bei Planung und Umsetzung eine Rolle spielen sind vor allem Haftungssicherheit, Barrierefreiheit und Zugänglichkeit, Gestaltungsaspekte, Pflege- und Unterhaltungsaufwand, Verkehrssicherheit sowie Synergien mit anderen Maßnahmen. Die Planungskriterien sollten frühzeitig konkret und präzise formuliert werden und praktikabel in der Anwendung sein. Die Planungskriterien hängen jeweils vom Einzelfall ab und müssen sorgfältig diskutiert, in die Planung integriert und gewissenhaft untereinander abgewogen werden. Eine Risikobewertung und eine Kosten-Nutzen-Abschätzung sind empfehlenswert. Die möglichen Synergie-, aber auch die Konfliktpotenziale sollten beleuchtet werden, z.B. im Hinblick auf Aufwertung einer Fläche (städtebauliche Qualität, Gestaltung, Umweltqualität, Klimaanpassung etc.), Umweltschutz- und Gesundheitsaspekte, Verkehrssicherungspflichten und Haftungsrisiken, Verträglichkeit verschiedener (Flächen-)Funktionen (z.B. max. Einstautiefe, Barrierefreiheit), Unterhaltungsaufwand und Planungs-, Herstellungs- und Unterhaltungskosten.

Heute werden für die Überflutungsvorsorge schon vereinzelt Straßen als Notentwässerungswege genutzt. Wer diese Möglichkeit verstärkt bei der Planung berücksichtigt, rechtzeitig in die Öffentlichkeit kommuniziert und Straßen dann entsprechend umbaut, verhindert womöglich mit dieser Maßnahme, dass an anderer Stelle ein weitaus größerer Schaden entsteht.

Der Einstieg in Maßnahmen und Projekte wie starkregengerechte Planungsabläufe und entsprechende technische Lösungen können in Pilotprojekten in kleineren Gebieten erprobt, etabliert und im Zusammenspiel der Fachressorts sukzessive fortentwickelt werden. Zum Beispiel bieten sich die Umgestaltung eines Parkplatzes, einer Grünanlage oder eines öffentlichen Platzes als „Testgelände“ an. Grünflächen können als Retentionsräume qualifiziert werden, auch die Initiierung eines Forschungsprojekts oder die Mitwirkung an einem solchen sowie die Einwerbung von Fördermitteln und fachlicher Unterstützung können sinnvolle erste Umsetzungsschritte sein.

Notwendig für die Umsetzung überflutungsvorsorgegerechter Maßnahmen ist eine Sensibilisierung und Aufklärung von Anwohnern und Bürgern. Das kann sowohl durch spezielle Bürgerinformationen gelingen als auch durch konkrete und individuelle Ansprache und Beratung. Bei der Suche nach bewährten Projekten und Beispielen für kostengünstige Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge lohnt sich ein Blick in andere Städte wie z.B. Bremen, Hamburg oder Köln. In den Niederlanden (z.B. Rotterdam und Amsterdam) oder in Kopenhagen finden sich ebenfalls kreative Lösungen und anschauliche Beispiele für multifunktionale Flächen. Darüber hinaus haben diese Städte schon Erfahrung mit der Umsetzung. Unzweifelhaft gehört nichtsdestotrotz eine Portion Mut zur Umsetzung neuer Vorhaben.

3.3.6 Betrieb und Unterhaltung

Die kommunale Überflutungsvorsorge mit Blick auf außergewöhnliche Starkregen ist eng verknüpft mit der gezielten Schaffung multifunktionaler Retentionsräume im Siedlungsgebiet. Grünflächen, Stadtplätze, Parkplätze oder Straßen können so gestaltet werden, dass sie – zusätzlich zu ihrer eigentlichen Funktion – bei seltenen Starkregen Oberflächenwasser vorübergehend aufnehmen und somit dazu beitragen, Überflutungsschäden an anderer Stelle zu vermeiden oder abzumindern. In diesem Zusammenhang ergeben sich Fragen bezüglich des Betriebs und der Unterhaltung derartiger Flächen.

Um eine Fläche als oberflächigen Retentionsraum für den Starkregenfall zu nutzen, muss sie eine entsprechende Tiefenlage erhalten (z.B. als abgesenkte Fläche) und Oberflächenwasser muss der Fläche über ober- oder unterirdische Zuleitungselemente zugeführt werden. Unter Umständen sind zudem Ableitungselemente erforderlich. Insbesondere bei einer unterirdischen Zu- und Ableitung entstehen zusätzliche Wartungs- und Unterhaltungspunkte, die bei einer konventionellen Flächennutzung nicht erforderlich wären. Zudem ist durch die Tiefenlage mitunter mit einem geringfügig erhöhten Anfall an Laub und Unrat infolge von Windverfrachtung zu rechnen, auch im Regelbetrieb ohne Flutung der Fläche. Im Falle eines Starkregens wird die Fläche mit Oberflächenwasser beschickt. Das Oberflächenwasser kann Sedimente, Unrat und Schmutz- bzw. Schadstoffe mit sich führen. Dies kann zu einer Verschmut-

zung und Verschlammung der Fläche einschließlich des dort installierten Stadtmobiliars führen. Die Fläche ist daher in der Regel im Nachgang eines Starkregenereignisses (also einmal in ca. 5-30 Jahren) zu reinigen, und etwaige Beschädigungen sind instand zu setzen. Zudem kann eine temporäre Sperrung der Fläche erforderlich werden.

Die Zuständigkeiten für Betrieb und Unterhaltung sind rechtzeitig zu klären. In den meisten Fällen bietet eine ohnehin geplante Umgestaltungs- oder Neubauplanung einer Fläche die Gelegenheit, diese zusätzlich zu ihrem eigentlich Zweck als multifunktionalen Retentionsraum zu gestalten. Eine entsprechende Umgestaltung einer Fläche allein zum Zweck der Überflutungsvorsorge ist zwar ebenfalls möglich, aber eher die Ausnahme. Daher liegen die Besitz- und Zuständigkeitsverhältnisse meist von vorneherein fest. Bauherr und Federführer bei der Planung ist die jeweils impulsgebende Stelle, z.B. das Grünflächenamt bei einer Grünfläche oder das Tiefbauamt bei einem (Park-)Platz oder einer Straße. Die Zuständigkeiten orientieren sich also an dem regulären Zweck und der Gestaltung der Fläche sowie den damit verbundenen Unterhaltungserfordernissen im Regelbetrieb (z.B. dem Rasenschnitt bei einer Grünfläche).

Einen besonderen Einfluss hat diese Retentionsfunktion auf die Unterhaltung: Die Übernahme der hierzu erforderlichen Arbeiten sowie der damit anfallenden Kosten ist frühzeitig im Planungsprozess zu klären. Denkbar ist z.B., dass wegen der Seltenheit der Beschickung diese auch der regulären Unterhaltung zugeordnet werden. Ebenso ist denkbar, dass dieser Aufwand einer Stelle bzw. Institution zugeordnet wird, die für die Überflutungsvorsorge federführend zuständig ist. Dies kann die Stadtentwässerung sein, aufgrund des Querschnittscharakters der Aufgabe kann dies aber auch eine andere (ggf. neu geschaffene) Stelle sein.

Bereits in der Planungsphase ist es sinnvoll, dass die beteiligten Ressorts eine Vereinbarung zur Kostenverantwortlichkeit und Zuständigkeit für Betrieb und Unterhaltung treffen und schriftlich fixieren. Diese kann für jeden Einzelfall separat geschlossen werden. Ebenso kann eine grundsätzliche, projektunabhängige Rahmenvereinbarung getroffen werden, die dann im Einzelfall angewandt oder ggf. angepasst wird. Dabei ist zu definieren, welcher Unterhaltungsaufwand dem Hauptzweck der Fläche bzw. deren Regelbetrieb und welcher Unterhaltungsaufwand der weitergehenden Überflutungsvorsorge zugeordnet wird. Eine faire und praktikable Regelung muss jede Kommune für sich finden. Gegebenenfalls sollte dieser Aspekt auch auf Leitungsebene bzw. in einem übergeordneten Arbeitskreis thematisiert und verhandelt werden.

Während und nach einem Starkregenereignis kann es je nach maximaler Einstauhöhe und damit verbundenem Gefährdungspotenzial erforderlich sein, dass Personal Anlagen zur (Not-)Retention bei einem Starkregenereignis anfährt und ggf. absperrt. Dies sollte in jedem Fall unmittelbar nach einem Ereignis erfolgen und ist in einem Arbeits- und Einsatzplan entsprechend festzuhalten. Je nach Zustand der Fläche ist diese zu reinigen und ggf. wiederherzustellen. Es ist frühzeitig zu klären, wer diese Arbeiten übernimmt und die Kosten trägt (Bauhof, Stadtentwässerung, Gemeinschaftsbudget usw.). Bereiche im Stadtgebiet, die nicht oder nur unzureichend vor Überflutungen durch Starkregen geschützt sind, aber besonders gefährdet

(z.B. Unterführungen, Gebäude im Bereich von Geländetiefpunkten), müssen Feuerwehren und Katastrophenschutz während und nach einem Starkregenereignis akute Sicherheitsvorkehrungen treffen, Wasser abpumpen und nach Möglichkeit Schäden vermeiden helfen.

3.4 Charakterisierung der 15 Modellkommunen

Bei der Auswahl und Ansprache der Modellkommunen wurde angestrebt, ein breites Spektrum an Rahmenbedingungen und Erfahrungsständen bezüglich der Überflutungsvorsorge in das Projekt einzubeziehen. Um eine Vergleichbarkeit und einen Austausch auf Augenhöhe zu ermöglichen, wurden ausschließlich Großstädte aus unterschiedlichen Regionen bundesweit eingebunden. Durch die Bereitschaft zur Mitwirkung der 15 Modellstädte (Bonn, Dresden, Hagen, Hannover, Jena, Kaiserslautern, Kiel, Köln, Ludwigshafen, Lübeck, Magdeburg, Nürnberg, Oldenburg, Solingen und Stuttgart) konnten diese Ziele erreicht werden. Mit Ausnahme der Region West, in der ausschließlich Kommunen aus Nordrhein-Westfalen eingebunden waren, waren in den anderen drei Regionen jeweils mehrere Bundesländer vertreten.

Daraus resultierende Unterschiede zeigen sich bei den 15 Modellkommunen z.B. in den jeweils gültigen Landeswassergesetzen und deren unterschiedlichen fachlichen Anforderungen. Auch die Betroffenheit durch Starkregenereignisse und der damit verbundene Handlungsdruck sind in den beteiligten Städten in unterschiedlichem Maße vorhanden. Zu den weiteren spezifischen Rahmenbedingungen der einzelnen Kommunen zählen z.B. Topographie, Verwaltungszuschnitt oder auch die Haushaltslage. Auch die Kompetenz und Erfahrung im Thema waren unterschiedlich ausgeprägt.

Im überwiegenden Teil der beteiligten Kommunen ist die Stadtentwässerung als städtischer Eigenbetrieb, in drei Fällen auch als AöR (Hagen, Köln, Kaiserslautern) und in weiteren zwei Fällen als GmbH (Dresden) bzw. GmbH & Co. KG (Magdeburg) organisiert. Im Fall Oldenburg ist die Stadt Mitglied beim OOWV (Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband – ein Wasser- und Bodenverband als Körperschaft des öffentlichen Rechts), der die Aufgaben der Abwasserbeseitigung im Stadtgebiet und in weiteren Kommunen wahrnimmt. Es waren zwei Kommunen vertreten, in denen die Stadtentwässerung Teil der Stadtverwaltung ist und entweder voll integriert (Bonn) oder aus dem Haushalt ausgegliedert ist (Jena). Die These, dass ausgelagerte Stadtentwässerungsbetriebe stellenweise zu wenig in den Informationsfluss der Kernverwaltung eingebunden sind, wurde teilweise bestätigt. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Organisationsstruktur bei einem einmal begonnenen gemeinsamen Prozess eine eher untergeordnete Rolle spielt und vielmehr Aspekte und Restriktionen wie fehlende Zuständigkeiten und Rollenklärung oder mangelnde finanzielle und personelle Ressourcen zum Tragen kommen.

Mit Köln und Dresden sind zwei Kommunen vertreten, die das Audit-Hochwasser der DWA bereits durchlaufen haben. Unter den teilnehmenden Kommunen sind sowohl Kommunen, die bereits sehr aktiv in der koordinierten kommunalen Überflutungsvorsorge sind und bereits vorbildliche Projekte umgesetzt haben (z.B. Köln, Solingen, Bremen, Lübeck), als auch solche, die mit Ihren Aktivitäten noch eher am Anfang stehen. Die Annahme, mit der Dauer der Aktivi-

täten steige auch die Verbreitung des Themas, konnte nicht bestätigt werden. Die Entwicklung erfolgreicher Verfahren und Lösungsansätze scheinen vielmehr im Zusammenhang mit Verwaltungsstrukturen zu stehen.

3.5 Kommunale Anliegen als Handlungsgrundlage und Prioritätenliste

Entsprechend der unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Ausgangslagen in den beteiligten Kommunen und Ressorts waren auch die Anliegen, die die kommunalen Mitarbeiter in ihrer Funktion und ihrem Arbeitszusammenhang mit der Überflutungsvorsorge verbinden, breit gefächert. Die vordringlichen Anliegen wurden in jeder der ersten Werkstätten in den vier Regionen bei den Beteiligten abgefragt. Ein nachträgliches Bündeln und Gruppieren aller genannten Anliegen führte zu den acht Oberthemen: Dialog, Wissen, Integrierte Planung, Recht, Finanzen, Umsetzung sowie Betrieb und Unterhaltung. Die über alle beteiligten Ressorts hinweg meistgenannten Anliegen betreffen vor allem den Wunsch nach Intensivierung von Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit, die Verbreitung von erprobten und nachahmenswerten Beispielen, die Aufklärung der Bürgerschaft und die Überzeugung von Investoren, die Umsetzung von Maßnahmen sowie die Herstellung von Verbindlichkeiten in der Planung.

Oberthema/ Cluster	Spezifizierung	Fragen aus Anliegen aus Werkstatt-Runde I (Farben analog Fachbereiche)
PLANUNGS- PROZESS & Adminis- tration	Zuständigkeit, kooperative Planungsabläufe, Fachbeiträge, Bauleitplanung, Kommunikation = Überflutungs- vorsorge orga- nisieren	<ul style="list-style-type: none"> • Wie gelingt ein offener Umgang der Kommune mit Überflutung(svorsorge) bestmöglich? • Wie kann das Thema Hitze bei Maßnahmen der Überflutungsvorsorge berücksichtigt werden? • Was braucht es, um Gestaltungsspielräume optimal zu nutzen? • Was ist erforderlich, um Begrünung stärker in die Maßnahmen einzubringen und gleichzeitig kostengünstig zu arbeiten? • Wie gelingt überflutungsvorsorgegerechte Straßengestaltung im topographischen Gelände? • Wie gelingt ein besserer Naturschutzbezug von Maßnahmen der Überflutungsvorsorge, z.B. um Entsiegelungspotenziale zu nutzen? • Wie kann Überflutung(svorsorge) in die Landschaftsplanung eingebracht werden? • Was macht Stadt nach dem Ereignis? • Welche Sicherungsmaßnahmen nach Überflutungsfall sind erforderlich?
PLANUNGS- KRITERIEN	Einstauhöhen, Straßenverkehr, Barrierefreiheit, Boden-/ Naturschutz, Vegetation, Hygiene, Synergien	<ul style="list-style-type: none"> • Wie kann Stadt es schaffen, mehr Überflutungsvorsorgemaßnahmen umzusetzen? • Welche Lösungswege gibt es, die heute im Hochwasserschutz schon möglich sind? • Wie sehen gute Beispiele für Bestandsflächen + Objektplanung aus? • Welche klaren Vorgaben, z.B. zu Einstauhöhen, sind sinnvoll? • Wie kann Regenwasserabfluss vermieden werden? • Welche Standards gibt es, bieten sich an oder sind erforderlich für die Planung und Umsetzung multifunktionaler Flächen?
BETRIEB	Unterhaltungsaufwand, Wiederherstellung, Zuständigkeiten ... ? = Überflutungs- vorsorge strukturieren	<ul style="list-style-type: none"> • Wie könnte ein „automatisches“ Verfahren zur Überflutungsvorsorge aussehen (Überflutungsvorsorge als „Reflex“)? • Wie kann verwaltungsintern die „Betreuung“ der Überflutungsvorsorge und der damit verbundenen Probleme bestmöglich sichergestellt werden? • Wie kann ressortübergreifende Kooperation bestmöglich geplant und erfolgreich umgesetzt werden? • Welche Möglichkeiten gibt es, den Austausch der Ressorts untereinander zu verstärken? • Welches Instrumentarium zur Überflutungsvorsorge müsste entwickelt werden?

Oberthema/ Cluster	Spezifizierung	Fragen aus Anliegen aus Werkstatt-Runde I (Farben analog Fachbereiche)
RECHTLICHE ASPEKTE	Anlagenstatus, Personen- gefährdung, Verkehrssicherung, Haftungsrisiken = Überflutungsvorsorge absichern	<ul style="list-style-type: none"> • Welche Hemmnisse gibt es durch gesetzliche Regelungen? • Wie können abwägungsfeste Verbindlichkeiten für Klimaanpassung hergestellt werden? • Wie kann Überflutungsvorsorge in die BLP (insbesondere 13a Pläne) eingebracht werden? Was erwarten/benötigen die Stadtplaner? • Wie können im Bereich der Innenentwicklung/ Nachverdichtung Überflutungsvorsorge-Maßnahmen für Investoren verpflichtend durchgesetzt werden? • Welche Haftungsrisiken hat Stadt bei einem Starkregenereignis? (z. B. Fließwegemodellierung → Eigentum) • Wie gelingt die rechtliche Absicherung multifunktionaler Flächen? • Was ist bei der Umsetzung multifunktionaler Flächen bodenrechtlich im Hinblick auf angrenzende Eigentümer zu beachten? • Wie gelingt eine rechtsfeste und überflutungsvorsorgegerechte Objektplanung?

Tabelle 11: Fragenkatalog als Basis für die „Sprechstunde“

3.6 Erfahrungen der 15 Modellkommunen im Dialogprozess

Einzelne übertragbare Beispiele und in den Werkstätten erarbeitete Lösungsansätze aus den beteiligten Städten ergänzen die fachlichen und methodischen Empfehlungen. Das breite Spektrum kommunaler Erfahrungen und Lösungsansätze, das von Pilotprojekten bzw. Forschungsprojekten über etablierte Austauschformate bis hin zu unterschiedlichen Arten der Informationsbereitstellung und -vermittlung reicht, ist Ergebnis des intensiven Erfahrungsaustauschs in den Werkstätten. Es handelt sich, dem Fokus des Projekts und dem aktuellen Stand der beteiligten Kommunen bei der Überflutungsvorsorge entsprechend, vorrangig um Beispiele zum Themenkomplex „Prozess und Organisation“. Damit sollen zum einen Organisationsformen, Festsetzungen in Bebauungsplänen oder Inhalte von Abwassersatzungen Verbreitung finden, die der Überflutungsvorsorge Rechnung tragen. Und zum anderen werden Anregungen vermittelt und zur Nachahmung motiviert.

PROZESS und ORGANISATION	
Wo kann eine überflutungsgerechte Planung ansetzen?	<p>Im Klimaanpassungskonzept JenKAS der Stadt Jena werden, ausgehend vom Entscheidungsunterstützungswerkzeug JELKA, für die drei Ebenen Klimawirkfolge, Handlungsfeld und Ortsteil Handlungsempfehlungen abgeleitet, die im jeweiligen Kontext mögliche bzw. empfehlenswerte Anpassungsoptionen enthalten. Die erarbeiteten Handlungsempfehlungen unterstützen die lokalen Akteure bei der Entscheidungsfindung im Klimaanpassungsprozess. Sie sind bei Planungen im Abwägungsprozess zu berücksichtigen und dienen als Ausgangspunkt für die Ableitung und Umsetzung konkreter, verorteter Maßnahmen: www.jenkas.de</p> <p>Zu den enthaltenen Handlungsempfehlungen zur Überflutungsvorsorge zählen die Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur, z.B. V-förmige Gestaltung des Straßenraumes oder Abflussszenarien bereits bei der Straßenplanung, und die Ertüchtigung der Entsorgungsinfrastruktur, z.B. die Definierung von Notentwässerungswegen oder die flächenhafte Regenwasserversickerung sowie Regenwassernutzung.</p>
	<p>Die Vorgehensweise der Landeshauptstadt Magdeburg ist ähnlich. Hier ist die Definition der Bestimmung konkreter, ortsteilspezifischer Bausteine für Mitte 2018 geplant. Unabhängig davon finden in den Routinen zwischen Stadtplanung und Umweltbereich die planungsrechtlichen Vorsorgefragen Eingang, etwa bei der Planung der Freiflächen, Gestaltung der Dachflächen und Fassaden.</p>
	<p>Der Rat der Stadt Oldenburg hat im August 2016 den Masterplan für den ehemaligen Fliegerhorst beschlossen. Auf insgesamt 309 ha Fläche, davon 193 ha auf dem Stadtgebiet und im Eigentum der Stadt Oldenburg, sollen ca. 900 Wohneinheiten, Gewerbe- und Grünflächen, mit neuen Wegeverbindungen und Wasserflächen geschaffen werden. Innerhalb des neuen Stadtteils soll möglichst effizient mit der Ressource Wasser umgegangen werden. Unter anderem ist die Öffnung eines verrohrten Gewässers mit der Anlage von Flutflächen für Starkregenereignisse geplant. Des Weiteren sollen Regenrückhaltebecken im Verbund mit vorhandenen Gewässern entstehen. Hierbei ist ebenfalls die Anlage einer multifunktionalen Flutfläche in einer Grünfläche vorgesehen.</p>

PROZESS und ORGANISATION

<p>Wie kann Überflutungsvorsorge innerhalb der Verwaltung organisiert werden?</p>	<p>In Ludwigshafen wurde eine bereichsübergreifende Arbeitsgruppe zur Überflutungsvorsorge etabliert. Diese traf sich im Jahr 2017 monatlich und wurde von der Stadtentwässerung koordiniert. Es wurde sowohl themenbezogen (z.B. zum Umgang mit Starkregen in der B-Planung oder im Straßenbau) als auch an ersten Beispielen projektbezogen (z.B. zur Überflutungsvorsorge bei der Sanierung der Hochstraße-Nord) gearbeitet. Zukünftig sind nur noch projektbezogene Sitzungen vorgesehen. Derzeit stimmt die Stadtentwässerung ein internes Handlungskonzept zu Verwaltungsabläufen, Zuständigkeiten und rechtlichen Fragen beim Thema Überflutungsvorsorge mit anderen zuständigen Fachbereichen final ab. Ziel des Projektes ist ein Stadtratsbeschluss zur Berücksichtigung der Überflutungsvorsorge im innerstädtischen Handeln und anschließend eine breite Öffentlichkeitsarbeit zum Thema. Kernfrage des Projektes ist auch die Festlegung der fachtechnischen Zuständigkeit als "Kümmerer", welche voraussichtlich bei der Stadtentwässerung liegen wird.</p> <p>In Kaiserslautern wurde Mitte 2016 ein referatsübergreifender Arbeitskreis "Extremwetterereignisse" eingerichtet, die Zustimmung durch den Stadtvorstand erfolgte Ende 2016. Federführend sind das Referat Umwelt und die Stadtentwässerung. In regelmäßigen Treffen werden aktuelle und allgemeine Themen zur Klimaanpassung/-änderung besprochen und Projekte angestoßen, die in kleineren Projektgruppen bearbeitet werden. So gibt es die Projektgruppen "Bürgerinformation", "Klimaangepasste Straßenerneuerung" und "Informationsaustausch und Zusammenarbeit zwischen Stadtentwässerung und Feuerwehr". Weiterhin wird auf Betreiben des Arbeitskreises für Kaiserslautern zurzeit ein Klimaanpassungskonzept erstellt.</p>
<p>Welche Strukturen eignen sich für eine frühzeitige Einbindung</p>	<p>Ergebnisse aus den Werkstätten Die Werkstattteilnehmenden nannten als bestehende Strukturen bspw. Scopingtermine, Planungskonferenzen, Planungsberatungen, Anlaufbesprechungen, Ämter-Koordinierungsrunden, Ämterabfragen oder Baukonferenzen. Hierbei erscheint es lohnend, auf bereits bestehende Abläufe aufzusetzen, diese bedarfsgerecht anzupassen und die Integration der Belange des Starkregenmanagements in den Abläufen sukzessive zu standardisieren</p>
<p>Welchen Beitrag leisten die unterschiedlichen Fachbereiche?</p>	<p>Das Stadtplanungsamt in Bonn beteiligt zu Beginn eines jeden Bebauungsplanverfahrens alle Ämter. Das Tiefbauamt weist zu Beginn der Entwicklung neuer Baugebiete die Kolleginnen und Kollegen in der Stadtplanung wie auch externe Erschließungsunternehmen und Ingenieurbüros im Rahmen eines „Anforderungsprofils“ bei der Beauftragung explizit auf die Überflutungsbetrachtung und den Starkregenschutz hin. Darin wird auch kommuniziert, dass die relevanten Basisdaten bei der Stadt abgefragt werden können.</p> <p>Bei exponierten Planungen – bei der Erstellung von Flächennutzungs- oder Verkehrsentwicklungsplänen und großen Bebauungsplanverfahren – definieren die StEB Köln spezifische Anforderungen an die Überflutungsvorsorge in Form von wasserwissenschaftlichen Fachbeiträgen. Darin werden den Kolleginnen und Kollegen in der Stadtplanung sowie Investoren Hinweise zu technischen Vorsorgemaßnahmen, Möglichkeiten der Regenwasserbewirtschaftung und der Nutzung von multifunktionalen Flächen sowie zu besonderen Gefährdungsbereichen und zum Objektschutz vermittelt. Für das Vorhaben „Mülheimer Hafen“ wurden beispielsweise in einem Fachbeitrag Notwasserwege und Retentionsflächen dargestellt und Möglichkeiten zur Regenwasserbewirtschaftung planerisch beschrieben.</p>

PROZESS und ORGANISATION	
Wie kann Überflutungsvorsorge in Planungsabläufen etabliert werden?	Um die Überflutungsvorsorge zu etablieren, sollten alle Planer in der Stadt auf die vorhandenen und relevanten Daten unkompliziert zugreifen können. Dies gilt auch für andere Themen, die integriert bearbeitet werden müssen (z.B. Barrierefreiheit, Klimaschutz und Klimaanpassung). Die Stadt Nürnberg nutzt dazu bereits seit vielen Jahren einen von vielen Ämtern gepflegten virtuellen Datenpool als Informationssystem für die Stadtsteuerung. Die unterschiedlichen Dienststellen haben hierüber Zugriff auf statistische Daten (raumbezogene Geofachdaten, die von den verschiedensten Dienststellen bereitgestellt werden) inklusive professionell gestalteter Karten und Pläne.
Rechtliche Aspekte	
Welche rechtlichen Fragen müssen geklärt werden?	In der Abwassersatzung Kölns werden Rückstausicherungen verbindlich von den Grundstückseigentümern und Bauherren (=Anschlussberechtigte) gefordert (Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage – Abwassersatzung – vom 03.12.2010).
	Die Landeshauptstadt Hannover schreibt Dachbegrünungen bei Neubauvorhaben im Rahmen der Bauleitplanung fest. Rechtsgrundlagen, Anwendungsfälle und Festsetzungsbeispiele sind in den „Leitlinien für den Umgang mit Dachbegrünung in Bebauungsplänen“ (Juni 1994, Aktualisierung 2012) festgehalten: bit.ly/2qSSFq9 Demnach sind Flachdächer mit einer Neigung von weniger als 20 Grad zu begrünen – auf Tiefgaragen in allen Baugebieten, in Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten sowie in Blockinnenbereichen, die von der umliegenden Bebauung einsehbar sind. Eine Kombination mit Photovoltaikanlagen ist aufgrund der Synergieeffekte mit dem Klimaschutz und des dadurch höheren Wirkungsgrades der Anlagen wünschenswert.
	Die Hansestadt Lübeck setzt sich bei der Aufstellung von Bebauungsplänen regelmäßig mit dem Thema Niederschlagswasserbehandlung inklusive Versickerung, Dachbegrünung, Notwasserwege und damit im Zusammenhang stehenden Themen auseinander. Die erforderlichen Maßnahmen werden in der Begründung zu den Bebauungsplänen erläutert und mehrfach wurden Festsetzungen zur Niederschlagsrückhaltung und -versickerung, zu Notwasserwegen sowie zur Dachbegrünung getroffen, bzw. Regelungen in städtebaulichen Verträgen eingefügt.
Wie können Haftungsrisiken minimiert werden?	In vielen Kommunen bestehen de facto seit langer Zeit multifunktionale Retentionsflächen – nur wurden sie bisher nicht unter dieser Bezeichnung oder gar mit dieser Funktion betrachtet. Die Stadt Kaiserslautern berichtet beispielsweise nach der Werkstatt, dass im Stadtteil Hohenecken seit mehr als 20 Jahren eine Parkanlage mit Bachlauf besteht, die als "natürliches Regenrückhaltebecken" beschildert ist. Außerdem warnt ein Schild folgendermaßen "Bei starken Niederschlägen kann sich Wasser auf dieser Fläche bis zu einer maximalen Wassertiefe von 1,5 Metern rückstauen. In solchen Situationen darf das Regenrückhaltebecken nicht betreten werden." Eigentümerin der Fläche ist die Stadt Kaiserslautern. Bei der Stadtentwässerung ist die Fläche als Regenrückhaltebecken hinterlegt. Die Parkanlage wird durch das Referat Grünflächen gepflegt, die Unterhaltung der Funktion Rückhaltebecken (Kontrolle des Ablaufs etc.) macht die Stadtentwässerung. Das Gelände wird selten geflutet, geschätzt alle 2 bis 3 Jahre.

Finanzielle Aspekte	
Wie können die Kosten verteilt werden?	<p>Ergebnisse aus den Werkstätten</p> <p>In den Planspiel-Übungen wurden – in Abhängigkeit von der jeweiligen städtischen Organisationsform – verschiedene Lösungsmöglichkeiten zur Kostenverteilung diskutiert. Städtische Eigenbetriebe, die öffentliche Flächen unterhalten und pflegen, könnten die Zuständigkeit für die Unterhaltung von multifunktionalen Retentionsflächen übernehmen – nach einem Überflutungsereignis würde, im Rahmen einer innerstädtischen Vereinbarung, die Stadtentwässerung jedoch die Reinigung und Wiederherstellung durchführen. Eine weitere Möglichkeit stellt die Einigung auf feste Kostenschlüssel dar, z.B. eine Aufteilung (50:50) zwischen Stadtentwässerung und dem Grünflächenamt oder Städtischen Eigenbetrieb.</p>
	<p>Die Landeshauptstadt Hannover hat ein kommunales Programm für Klimaanpassungsmaßnahmen aufgelegt – im Zeitraum 2012-2016 standen bis zu 200.000 Euro pro Jahr bereit, für 2017 bis 2019 stellt der Stadtrat weitere 250.000 Euro für die Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung. Der Bereich Umweltschutz verwaltet das Budget, mit dem zum Beispiel Maßnahmen zur Information von Bürgerinnen und Bürgern zum Thema Starkregen und Objektschutz für Überflutungsvorsorge sowie Entsiegelungsmaßnahmen und die Schaffung von Retentionsräumen finanziert werden.</p>
	<p>Die Stadt Köln plant zur Aufwertung im Bestand im Stadtbezirk Porz die Planung und den Bau von überflutungsgerechten, multifunktionalen Flächen mithilfe von Fördermitteln des Bundes (Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“) und der EU (EFRE) zu finanzieren (vgl. die Beispiele in Köln-Porz im Rahmen von MURIEL).</p>
Können Abwassergebühren zur Überflutungsvorsorge genutzt werden?	<p>Seit 2016 bietet das LWG in NRW die Möglichkeit, Überflutungsvorsorge zu Lasten der Abwassergebühr umzusetzen. Wenn auch mit kritischer Diskussion verbunden, findet der neue § 54 erste Anwendung. Die Technischen Betriebe Solingen haben gemeinsam mit der Universität Wuppertal im Rahmen des vom LANUV-NRW geförderten Forschungsprojekts „Ableitung von extremen Niederschlagsereignissen im urbanen Raum: Rechtliche und wirtschaftliche Grundsatzanalysen der Abwasserableitung im urbanen Straßenraum“ geprüft, ob ein Straßenumbau für den Überflutungsschutz aus Gebühren finanzierbar ist. Das Forschungsergebnis liegt derzeit beim LANUV NRW zur Prüfung. Solingen geht davon aus, dass ein geführenfinanzierter Umbau von Straßen rechtskonform ist, wenn Wasser von Grundstücken des Gebührenzahlers bei Starkregen auf die Straße abfließt. Eine Vereinbarung zwischen Baulastträger und Abwasserbeseitigungspflichtigem ist zu schließen. Auf dieser Grundlage werden in Solingen bereits Maßnahmen finanziert, bei denen zu Lasten der Gebühr klar definierte Bereiche der Straßenanpassung erfolgen.</p>
	<p>Die StEB Köln weisen darauf hin, dass die Grenze zwischen wasserwirtschaftlichen und anderen (z. B. städtebauliche Belangen) bei Maßnahmen der Überflutungsvorsorge oft fließend ist. Es sollte daher darauf geachtet werden, dass eine Maßnahme nicht Einzelpersonen, sondern einer größeren Gruppe von Betroffenen zu Gute kommt (z. B. an einem besonderen Überflutungsschwerpunkt oder wenn Infrastrukturen der öffentlichen Hand im Risikogebiet liegen). Ferner besteht die Möglichkeit, Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge als Hochwasserschutzmaßnahmen zu finanzieren, da Starkregen unter die Hochwasserdefinition des § 72 WHG fällt, sofern er als wild abfließendes Oberflächenwasser auftritt und nicht aus einer Abwasseranlage austritt.</p>

Finanzielle Aspekte	
Wo gibt es Fördermittel?	<p>Ergebnisse aus den Werkstätten</p> <p>Wichtig ist bei der Suche nach Fördermitteln, die Überflutungsvorsorge in den Kontext der einzelnen Förderprogramme zu setzen, was mitunter eine gewisse „Kreativität“ erfordert. Durch die Förderung von innovativen Pilotprojekten können gute und praxiserprobte Beispiele für andere Kommunen entstehen – ein Anliegen, das von den meisten Teilnehmenden an „Planer im Dialog“ geäußert wurde – und die Glaubwürdigkeit gegenüber den eigenen Bürgern erhöht werden (Maßnahmen sind im privaten und öffentlichen Bereich umzusetzen!).</p>
Planungskriterien und Umsetzung	
Welche Informationen und Instrumente sind erforderlich?	<p>In der Stadt Hagen liegen bei der Feuerwehr detaillierte Informationen über gelaufene Einsätze vor. Ein für Hochwasser und Extremwetterereignisse zuständiger Sachbearbeiter, der die Schnittstellen zwischen Stadtentwässerungsbetrieb und Unterer Wasserbehörde bzw. Umweltamt bedient, hat die relevanten Informationen aus den Einsätzen bei Starkregeneignissen und Überflutungen in einer Karte dargestellt. Diese Informationen stellt die Feuerwehr den Stadtentwässerungsbetrieb und der Unteren Wasserbehörde zu Verfügung. Aus diesen Einsätzen werden dann Rückschlüsse zur Beurteilung des Grundes der Überflutung gezogen, ggfs. können von den Zuständigen sofort Maßnahmen eingeleitet werden, um Einsätze der Feuerwehr zu minimieren.</p>
	<p>Die Stadt Nürnberg beginnt mit dem Projekt „Hydrodynamische Kanalnetzüberrechnung“ hinsichtlich der Überflutungsvorsorge einen intensiven Dialog zwischen Stadtentwässerung und Stadtplanung. Wichtig für die Stadtplanung (Stadtgestaltung und Bauleitplanung) sind jeweils standortbezogene Risikoermittlungen/Risikobewertungen und fachliche Handlungsempfehlungen.</p>
	<p>Die StEB Köln haben 2017 die Starkregengefahrenkarten veröffentlicht. Sie sind über ein Webportal verfügbar und zeigen die potenziellen Überflutungsbereiche und Gefährdungsstufen bei verschiedenen Starkregenszenarien.</p>
	<p>Für die Information der Bevölkerung stehen über die Internetpräsenz der Stadt Dresden interaktive Karten für die Gefährdung bei Hochwasser (fluviales Hochwasser) und bei Überlastung des Kanalnetzes durch Starkregen (pluviales Hochwasser) zur Verfügung. Das Gefährdungspotenzial infolge Starkregen soll zudem im Rahmen eines Forschungsprojektes weiter untersucht und im Hinblick auf eine bessere Verbreitung innerhalb der Bevölkerung optimiert werden. Ziel ist vor allem die Ergänzung mobiler Anwendungen und die Darstellung gebäudekonkreter Gefahren und Risiken.</p>
	<p>Die Stadt Ludwigshafen hat eine vereinfachte Starkregengefahrenkarte erstellen lassen. Bislang dient sie ausschließlich der Verwaltung als Planungsbasis, da vor der Veröffentlichung noch Fragen des Datenschutzes zu klären sind.</p>
Welche Kriterien können bei Planung und Umsetzung eine Rolle spielen?	<p>Die Stadt Solingen beschäftigt sich im Rahmen von Forschungsprojekten mit der schadlosen Ableitung von Starkregen im Gelände mit starker Topographie. Zum Schutz der Altstadt von Gräfrath, ein Stadtteil, der in einer Talsenke liegt und in der Vergangenheit massiv von Starkregen betroffen war, plant Solingen verschiedene Maßnahmen – von der Anpassung von Straßenabschnitten, um im Starkregenfall das Wasser schadlos zu leiten, über die Ausnutzung des Kanalabflussvermögens und leistungsstarken Einlaufsystemen bis hin zur Ableitung und Retention des Oberflächenwasser auf Grünflächen und Plätzen. Dabei spielen neben der Topographie weitere Kriterien eine Rolle, u.a. Kosten, baulicher Eingriff, Wirkung, Art der Nutzung (z.B. Veranstaltungsort, Gewerbe) sowie die Barrierefreiheit und der Denkmalschutz (z.B. bei offenen Rinnen oder erhöhten Bordsteinen).</p>

Planungskriterien und Umsetzung	
Wie gelingt der Einstieg in Maßnahmen und Projekte?	Die Hansestadt Lübeck pflegt – und das nicht nur beim Thema Überflutungsvorsorge – eine gute Zusammenarbeit mit der Fachhochschule vor Ort. Es werden z.B. immer wieder Studierende im Rahmen ihrer Semesterarbeiten für die Stadt tätig. Ein gelungenes Beispiel für die gute Zusammenarbeit zwischen Stadt und FH ist das von 2013 bis 2016 durchgeführte und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit geförderte Forschungsprojekt RainAhead. Im Projekt wurde untersucht, wie das Entwässerungssystem der Stadt entlastet werden kann, um zukünftige Starkregenereignisse besser zu bewältigen und somit Schäden zu verringern (http://www.rainahead.de).
	In Jena werden mithilfe eines Straßenbaumkonzeptes „Bäume in Jena – Stadt- und Straßenbäume im Klimawandel“ (bit.ly/2wUrfpF) kommunale Leitlinien und Handlungsgrundlagen geschaffen. In einer Ableitung zukünftiger Standortbedingungen wurden durch das Büro ThINK Jena alle Standortfaktoren räumlich miteinander verschnitten. Im Ergebnis fand eine Baumauswahl auf Grundlage der Klima-Arten-Matrix (KLAM) für Stadtbäume statt. Zur Schaffung optimaler Versorgungsgrundlagen der Bäume ist die langfristige Baumbewässerung mit gezieltem Wassermanagement bei der Gestaltung der öffentlichen Räume vorgesehen. Voraussetzung dafür ist die Erstellung eines Oberflächenabflussplanes. Überschüssiges Regenwasser soll gezielt geleitet, vorgehalten und bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.
	Der Hugo-Bürkner-Park befindet sich in Dresden -Strehlen. Es handelt sich um eine z. T. baumbestandene öffentliche Grünfläche inmitten von Wohngebieten, die für verschiedene Freizeitaktivitäten genutzt wird. Im Zuge der Umgestaltung des Kaitzbaches, der durch den Park fließt, wurden dort im Jahr 2006 drei Rückhalteräume mit einem Gesamtvolumen von 16500 m ³ geschaffen, die stufenweise bei Hochwasser eingestaut werden. Dadurch werden Überflutungen im Unterlauf vermieden oder minimiert. Bei Einstau des Parks kann er in jede Richtung gefahrlos verlassen werden. Es erfolgt keine Sperrung der Flächen durch technische Maßnahmen. Das Betreten des Absperrbauwerkes ist verboten. Eigentümer des Parkes ist die Landeshauptstadt Dresden, die sowohl die wasserwirtschaftliche Anlage unterhält als auch den Park pflegt.
Betrieb und Unterhaltung	
Wer ist für Betrieb und Unterhaltung der Flächen bzw. Anlagen zuständig?	Im Rahmen der kommunalen Überflutungsvorsorge im Kieler Stadtgebiet wird die naturnahe Ausgestaltung einiger Oberflächengewässer mit Schaffung von Retentionsflächen angestrebt. Dadurch wird die Belastbarkeit des Gewässers im Starkregen- bzw. Hochwasserfall erhöht. Ein Beispiel ist Große Wiese/Wulfswiese (KronsburgerAu): Hier wurde Ende der 90er Jahre, durch die Stadtentwässerung initiiert, im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens eine Fläche ausgewiesen, die bei Hochwasser geflutet werden kann. Die Unterhaltung dieser Retentionsfläche wird durch extensive Grünlandnutzung und Beweidung geregelt. Solldieksbach: Hier wird, durch die untere Naturschutzbehörde initiiert, über eine Strecke von 1550 m der Solldieksbach naturnah mit Retentionsräumen ausgebaut, um die Leistungsfähigkeit des Gewässers zukünftig zu gewährleisten. Die Unterhaltung der Retentionsflächen übernimmt das für die Gewässerunterhaltung zuständige Grünflächenamt.
Was ist bereits im Zuge der Planung zu berücksichtigen und zu regeln?	Ergebnisse aus den Werkstätten Der Unterhaltungsaufwand ist entweder gemeinschaftlich zu tragen (z.B. „Starkregen-/Katastrophen-Budget“, Kostenverteilungsschlüssel) oder ggf. einem bestimmten Ressort zuzuordnen (z.B. der Stadtentwässerung).

Betrieb und Unterhaltung	
Was ist während und nach einem Starkregenereignis zu tun?	In der Stadt Stuttgart wurde ein Alarm- und Einsatzplan speziell für örtliche Hochwasser nach Starkregen aufgestellt und durch den Gemeinderat genehmigt. Der Deutsche Wetterdienst warnt vor Starkregen in 3 Stufen. Die Wetterwarnungen des DWD gehen an eine integrierte Leitstelle und von dort wird der Bereitschaftsdienst bzw. Feuerwehr und Katastrophenschutz alarmiert. Aufgrund einer topografischen Analyse des Stadtgebietes wurden die überflutungsgefährdeten Bereiche identifiziert. Damit können bei extremem Unwetter diese Stellen kontrolliert und ggf. Maßnahmen ergriffen werden.
Folgende Beispiele machen im abschließenden Kapitel „Forderungen und offene Fragen“ deutlich, dass einzelne Kommunen zu spezifischen Bereichen der Überflutungsvorsorge bereits umfassende Erfahrungen sammeln, die als Vorbild dienen können:	
Private Vorsorge unterstützen	
Die StEB Köln starteten 2016 eine Kampagne, um die Bevölkerung zum Thema Starkregen zu informieren und Tipps zur Eigenvorsorge zu geben. Eine anschauliche Homepage beantwortet Fragen wie „Starkregen – was ist das?“, außerdem werden hier die Starkregengefahrenkarten für das Stadtgebiet zusammen mit einer FAQ-Liste und eine Service-Nummer für Rückfragen zur Verfügung gestellt. Eine Broschüre zum wassersensiblen Planen und Bauen in Köln sowie Flyer und Checklisten geben Eigentümerinnen und Eigentümern Anregungen zum Schutz des eigenen Hauses. Multiplikatoren wie Innungen, Architektenkammer, Wohnungsbaugesellschaften oder die Stadtsparkasse unterstützen bei der Verbreitung der Informationen. Auch vorhandene Informationswege wie die Herausgabe von Kanalschlussscheinen oder der Bescheid über die Grundbesitzabgabe werden zur Information genutzt, zudem bieten die StEB Köln Vortragsabende in Kooperation mit Bürgervereinen an, sind auf Straßenfesten präsent und haben eine Wanderausstellung durch die Stadtbezirke initiiert. So erfolgt eine aktive Bürgeransprache. www.steb-koeln.de/starkregen	
Mit Pilotprojekten Erfahrungen sammeln	
Im Zusammenhang mit der EXPO 2000 hat die Landeshauptstadt Hannover das Wohngebiet "Kronsberg" mit 3.000 neuen Wohneinheiten entwickelt. Im Rahmen des exponierten Vorhabens wurden hohe Standards für das ökologische Bauen umgesetzt – so ein geringer Energieverbrauch, die Verwendung umweltverträglicher Baustoffe und eine vollständige Versickerung des Regenwassers. Zu den umgesetzten Maßnahmen gehören Gründächer, unversiegelte Innenhöfe und offene Mulden entlang von Straßen. Aktuell wird das Neubaugebiet "Kronsberg Süd" geplant, hier können die Erfahrungen und erprobten Standards aus dem "Modell Kronsberg" genutzt werden. Zusätzlich werden Maßnahmen zur Sturzflutbewältigung umgesetzt (z.B. Notwasserwege über Straßen und Grünflächen): bit.ly/2qVVOVC Auch bei der Entwicklung des Wohnquartiers "Herzkamp" im Stadtteil Bothfeld mit etwa 250 Wohneinheiten wird die Klimaanpassung von Anfang an mit geplant. Dieses DAS-Förderprojekt „KlimaWohL“ (Klimagerechtes, nachhaltiges Wohnen und Leben im Quartier) kann zukünftig als Muster für weitere klimaangepasste Wohnquartiere dienen. So werden im Neubaugebiet „Kronsberg II“ erste Erfahrungen aus diesem Projekt genutzt und umgesetzt: www.klimwohl.net	
Überflutungsgerechten Straßenbau vorantreiben	
Die Technischen Betriebe Solingen beschäftigen sich seit Jahren im Rahmen von Forschungsprojekten unter anderem mit dem tatsächlichen Aufnahmevermögen von Straßeneinläufen und der schadlosen Ableitung von Starkregen im Bestand. Studien zeigen große Synergieeffekte, wenn eine Koordination der Kanalsanierung mit dem Straßenbau stattfindet. Ein Pilotprojekt ist die "Lehnerstraße/Brucknerstraße": Diese wurde im ersten Bauabschnitt 2017 auf ca. 70 Metern zu Lasten der Abwassergebühr umgebaut, sodass das bei Starkregen über die Einläufe fließende Regenwasser schadlos auf eine städtische Grünfläche und von dort wiederum in einen Bach geleitet wird. In einem weiteren Abschnitt wird 2018 die Brucknerstraße umgestaltet – bei Starkregen wird das Wasser entlang der abschüssigen Straße seitlich diffus über eine Böschung in einen Bach geführt. Am Tiefpunkt wird das Wasser mittels leistungsstarken Einläufen in die Bachverrohrung geleitet. Im Zuge des Straßensanierungsprogramms wurden weitere Projekte benannt, bei denen überflutungsgerechte Straßenanpassungen erfolgen sollen.	

Tabelle 12: Ergebnisse aus den Werkstätten und Erfahrungen aus den Modellkommunen

4. Öffentlichkeitsarbeit

Ziel des Projekts war es vor allem die kommunale Verwaltung für das Thema Überflutungsvorsorge zu sensibilisieren bzw. Fachplanern in Kommunen konkrete Hilfestellung bei dieser Aufgabe zu geben. Alle im Folgenden beschriebenen Aktivitäten – Veranstaltungen, Veröffentlichungen und weitere Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit – zielten somit vor allem auf diese Zielgruppe ab. Vereinzelt wurden auch die Politik (z.B. Forderungen in der Abschlussveröffentlichung), Bürgerschaft (z.B. Interview) oder Wissenschaft (z.B. Fachveranstaltungen) bedient. Zu beachten ist, dass die Zielgruppe „kommunale Verwaltung“ beim Thema Überflutungsvorsorge in sich wiederum heterogen ist. Die Ansprache und Informationstiefe muss für Stadtentwässerung, Stadtplanung, den Straßenbau und den Bereich Umwelt und Grün gleichermaßen funktionieren und all diese sollen über verschiedene Verteiler und Kanäle erreicht werden.

Veranstaltungen

Um das Projekt möglichst breit in der kommunalen Fachwelt bekannt zu machen und auch nach außen in einen Dialogprozess zu gehen, wurde im Rahmen fachspezifischer Veranstaltungen über das Vorhaben berichtet und über eine Teilnahme an Fachveranstaltungen der Kontakt zu interessierten Kommunen vertieft. Vor allem folgende Termine sind zu nennen.

Das Projekt wurde auf der **„Sustainable Built Environment Conference 2016“** der ZEBAU, die vom 07. bis 11.03.2016 in **Hamburg** stattfand, vorgestellt. Der Vortrag wurde am **10.03.2016** auf dem Thementag „Zukunftssicher Planen – Konzepte nachhaltigen Bauens“ im von der DBU, Herrn Ulf Jacob, organisierten Forum „2E DBU – Klimafolgenanpassung und Regenwassermanagement“ vor etwa 20 Teilnehmenden gehalten.

Am **07.04.2016** erfolgte die Teilnahme an der Veranstaltung **„Stadt im Klimawandel – Vor uns die Sintflut?“ in Münster**. Veranstalter waren die Ministerien für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Im Rahmen der Veranstaltung wurde die Notwendigkeit einer kommunalen Überflutungsvorsorge von den Vortragenden aus Kommunen, DWD, Emschergenossenschaft, Forschungseinrichtungen und der Versicherungswirtschaft nachdrücklich unterstrichen. Es konnten Kontakte zu kommunalen Vertretern gewonnen und vertieft werden.

Am **20.04.2016** erfolgte die Teilnahme am Infotag **„Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltung und Stadtentwässerung beim Hochwasser- und Überflutungsschutz“ in Gelsenkirchen**. Veranstalter waren der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) in Kooperation mit der Gelsenwasser AG, dem Städtetag Nordrhein-Westfalen und dem Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen. Auch hier konnten Kontakte zu Kommunalvertretern geknüpft sowie Erfahrungen und Bedarfe aus engagierten Kommunen (z.B. Gelsenkirchen, Köln, Hamburg, Unna, Velbert) zum Thema Überflutungsvorsorge identifiziert und diskutiert werden.

Diese Informationen waren für die Ansprache der Modellkommunen und die Konzeption der Werkstätten wertvoll.

Das Projekt und ausgewählte erste Ergebnisse wurden auf dem „**Symposium: Gemeinsam handeln – Risiken vermindern, Hochwasser- und Starkregenisikomanagement in Nordrhein-Westfalen**“ am 10. und 11.01.2018 in Essen vorgestellt. Veranstalter war das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Vortrag wurde am ersten Veranstaltungstag im Themenblock „Starkregenisikomanagement“ vor ca. 400 Teilnehmenden gehalten – in der anschließenden Podiumsdiskussion „Was brauchen wir für besseres Starkregenisikomanagement?“ konnten Aspekte einer optimierten Zusammenarbeit der Akteure eingebracht werden.

Ziel der **Abschlussveranstaltung am 26.02.2018 in Hamburg** war es, die Projektergebnisse und das Thema kommunale Überflutungsvorsorge sowohl den am Projekt beteiligten Kommunen als auch weiteren interessierten Städten, Gemeinden und Landkreisen zu präsentieren bzw. mit diesen zu diskutieren. Beide Zielgruppen konnten erreicht werden, statt der ursprünglich geplanten ca. 80 Personen nahmen schlussendlich 130 Personen an der Fachtagung teil. Erfreulicherweise konnten außerdem die verschiedenen Fachbereiche in den Kommunen erreicht werden – es waren Teilnehmende aus dem Bereich Entwässerung, aus der Stadtplanung, dem Bereich Umwelt und Grün und auch Teilnehmende aus dem Bereich Straßenbau und Bauordnung vertreten. Als Mitveranstalter wurde neben den 15 am Projekt beteiligten Modellkommunen außerdem die Freie und Hansestadt Hamburg einbezogen, die übrigen Teilnehmenden kamen aus dem gesamten Bundesgebiet. Interessierte aus dem Bereich Forschung und Privatwirtschaft wurden nur begrenzt zugelassen, um möglichst vielen kommunalen Mitarbeitenden eine Teilnahme zu ermöglichen. Im Programm der Veranstaltung wurden Projektergebnisse in Form eines Podiumsgesprächs mit Vertretern aus vier am Projekt beteiligten Kommunen, kurzen Vorträgen sowie Workshops zu den im Projekt bearbeiteten Themen (Prozess und Organisation, Recht, Finanzen, Planungskriterien und Umsetzung sowie Betrieb und Unterhaltung) präsentiert und diskutiert.

Direkt im Anschluss an die Abschlussveranstaltung zum Projekt und am gleichen Ort fand an zwei Tagen ein **Fortbildungsseminar des Difu** zum Thema „Mit Starkregen umgehen – Integrierte Überflutungsvorsorge und Risikomanagement in Kommunen“ statt (difu.de/11481). Dieses orientierte sich vor allem am ersten Tag an den Themen des Projekts (Instrumente, rechtliche Aspekte und Organisation von Überflutungsvorsorge), das auch hier für die Teilnehmenden, die nicht an der Fachtagung teilgenommen hatten, kurz vorgestellt wurde. Die Ergebnisse und Erfahrungen von „Planer im Dialog“ wurden im Rahmen der Diskussion immer wieder eingebracht. Neben der Überflutungsvorsorge wurde der Fokus in diesem Seminar um das Risikomanagement im Ernstfall erweitert. Auch wurden im Rahmen des Seminars Expertinnen und Experten eingeladen, die zu einzelnen Aspekten der Überflutungsvorsorge aktiv sind, aber nicht in das Projekt eingebunden werden konnten (z.B. die Städte Bremen, Dortmund, Münster). Dies war ein erster Schritt, um dem Wunsch der Modellkommunen im Projekt nach Verbreitung von Erfahrungen und guten Beispielen nachzukommen. Auch diese

Veranstaltung war mit ca. 60 Teilnehmenden und 14 Referierenden aus verschiedenen Fachbereichen und dem gesamten Bundesgebiet ausgebucht.

Zum **Difu-Jahrestreffen** werden alljährlich die Ansprechpartner aus den Zuwerderinstitutionen des Difu (<https://difu.de/institut/zuwender>) eingeladen, um sich über die Aktivitäten und Angebote des Instituts zu informieren, Feedback zur Arbeit des Difu zu geben und zukünftige Bedarfe einzubringen. 2018 fand das Treffen am 4. und 5. Juni statt, das Projekt wurde dabei mit einem eigenen Poster und in einem Kurzvortrag vorgestellt. Die Vertreter aus Kommunen zeigten reges Interesse für Thema und Projekt, von einzelnen Kommunen wurden dabei Kooperationsinteresse beim Thema und konkrete Bedarfe und Fragestellungen genannt (z.B. Überflutung in Städten mit Hanglagen, Klimaanpassung in Küstenstädten).

Veröffentlichungen

Das Projekt und zentrale Ergebnisse werden vor allem im Rahmen der zum Projektabschluss veröffentlichten **Broschüre** „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog“ (vgl. Kapitel 2.4.) aufbereitet. Diese ist online und in einer kleineren Druckauflage (700 Stück), die vor allem für die beteiligten Städte und zur weiteren Verbreitung der Ergebnisse im Rahmen von Veranstaltungen vorgesehen ist, frei verfügbar. Inhalte sind das Thema kommunale Überflutungsvorsorge, das Vorgehen im Projekt, die Modellkommunen und sowohl fachliche (Antworten auf häufige Fragen) als auch methodische (Beschreibung von Formaten zur Selbstorganisation vor Ort) Empfehlungen zur Umsetzung von Überflutungsvorsorge in Kommunen. Zum Abschluss werden offene Fragen und Forderungen an verschiedene Zielgruppen formuliert. Eigens erstellte Grafiken und Illustrationen sowie Fotos aus den Werkstätten im Projekt machen die Broschüre anschaulich und sollen die verschiedenen Fachplaner in den Kommunen ansprechen; das Thema rot-grün-blau spielt deswegen beispielsweise auch bei der Gestaltung eine entscheidende Rolle. Außerdem wurden mit allen 15 am Projekt beteiligten Städten Textbausteine zu guten Beispielen abgestimmt; so können sich die engagierten Kommunen noch einmal präsentieren, außerdem lassen sich diese Beispiele gut für die Öffentlichkeitsarbeit einsetzen.



Abbildung 5: Aufbereitung der Fragen und Anliegen der kommunalen Fachplaner

Das Projekt und die Broschüre mit den Ergebnissen wurden über verschiedene Kanäle des Difu beworben. Auf der **Homepage des Difu** waren seit Projektstart Informationen und Ansprechpartner verfügbar bzw. wurden diese aktualisiert (difu.de/10483). Zu Beginn und zum Ende des Vorhabens erschienen **Artikel in den „Difu-Berichten“**, dem quartalsweise erscheinenden Magazin des Difu, in dem sowohl neue Projekte als auch Projektergebnisse vorgestellt werden. Die Difu-Berichte erscheinen mit einer Printauflage von 9.000 Exemplaren und sind außerdem online abrufbar. Sie werden an alle Zuwerderinstitutionen des Difu versendet und erreichen dort jeweils verschiedene Fachbereiche. Zum Projektstart wurde das Vorhaben vorgestellt (difu.de/10508, Ausgabe 1/2016) und am Projektende auf die Ergebnisse und die Broschüre aufmerksam gemacht (difu.de/11939, Ausgabe 2/2018). Außerdem erschien ein Artikel über die Abschlussveranstaltung in Hamburg (difu.de/11959, Ausgabe 2/2018). Im **Newsletter des Difu** wurden die Abschlussveranstaltung und die Veröffentlichung beworben. Auch im Newsletter und der „Klimaschutz-Community“ der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI), die vom am Difu angesiedelten **Service- und Kompetenzzentrums: Kommunale Klimaschutz (SK:KK)** gepflegt werden, wurde zum Start und Abschluss des Projekts sowie auf die Abschlussveranstaltung hingewiesen. Dieser erreicht eine große Anzahl der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanager sowie Klimabeauftragten in Kommunen bundesweit.

Die Ergebnisse werden mit Veröffentlichung der Broschüre außerdem über die **Social-Media-Kanäle** von Difu und SK:KK beworben. Dafür und auch für die sozialen Medien der DBU wird attraktives Grafik- und Textmaterial aus dem Projekt zur Verfügung gestellt.

Die Methodik des Projekts wurde außerdem in einem **Artikel** mit dem Titel „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog, Methodik eines Dialogprojekts“ in der Ausgabe 2/18 der Korrespondenz Wasserwirtschaft mit dem Schwerpunkt „Wassersensible Zukunftsstadt“ (Organ der DWA, Herausgeber: GFA, Seiten 89 bis 93) vorgestellt. Weitere Veröffentlichungen in Fachzeitschriften sind geplant.

Weitere Formate

Das Projekt wurde im Rahmen ausgewählter Gremien des **Deutschen Städtetages**, wie beispielsweise die Umweltamtsleiterkonferenzen, durch die Leitung des Forschungsbereichs Umwelt des Difu vorgestellt. Sowohl bei Projektstart – dabei wurde das Einwerben verschiedener Städte für das Projekt eingeleitet, als auch zum Zwischenstand und Abschluss des Projekts. Der Deutsche Städtetag bewarb die Abschlussveranstaltung außerdem per Rundschreiben und unterstützt bei der Verbreitung der Broschüre mit den Projektergebnissen.

Am 08.08.2017 fand ein **Interview** für WDR 5 zum Thema Starkregen in Kommunen statt. Difu wurde aufgrund des Projekts „Planer im Dialog“ bzw. der Beteiligung von vier Städten aus NRW am Projekt als Experte angefragt. O-Töne daraus wurden für einen Beitrag in der Radiosendung „Morgenecho“ verwendet, darin kamen außerdem die StEB Köln zu Wort (bit.ly/2rhbUt6). Durch die breite Bewerbung der Abschlussveranstaltung kam es außerdem zu weiteren Kontakten mit Journalisten, so vermittelte Difu Kontakte und beriet für eine Wissenschaftssendung des Bayerischen Fernsehens und des Hessischen Rundfunks.

Anfragen zum Thema werden auch über die Projektlaufzeit hinaus beantwortet. Auch können die Projektergebnisse im Rahmen der zahlreichen Veranstaltungen und Projekte, die das Difu fortlaufend u.a. zu den Themen Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel und Ressourcen für und mit Kommunen durchführt, verbreitet werden.

5. Kritische Reflexion und Fazit

Das Projekt „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog“ strebte folgende Zielsetzung an:

- Bewusstseinsbildung und Erfahrungsaustausch der beteiligten Kommunen,
- Wissenstransfer: Stand der Forschung zu Kommunaler Überflutungsvorsorge,
- Definition und Vorstellung von positiven Vorgehensweisen,
- Identifikation und Bewertung von Hemmnissen und Defiziten,
- Entwicklung von (übertragbaren) Lösungsansätzen,
- Identifikation von Potenzialen und Zukunftsperspektiven.

Durch das gewählte Herangehen wurden die angestrebten Ziele durchweg erreicht, das Konzept der Werkstätten hat in der Praxis sehr gut funktioniert, die Methodik hat sich bewährt. Wissen und Kompetenz bzgl. Überflutungsvorsorge ist in den Kommunen und in den Disziplinen in sehr unterschiedlichem Umfang vorhanden. Mithilfe fachlicher Inputs konnte der Wissenstransfer stattfinden und der Stand der Forschung übermittelt werden. „Planer im Dialog“ aus unterschiedlichen Fachbereichen kommen sehr gut an konkreten Aufgabenstellungen miteinander ins Gespräch, wenn die drei Disziplinen Planung, Umwelt und Stadtentwässerung gemeinsam an Lösungen arbeiten und dabei moderiert und angeleitet werden. Über das gemeinsame Arbeiten gelingen Erfahrungsaustausch und Bewusstseinsbildung der beteiligten Kommunen ebenso wie die Vorstellung von positiven Vorgehensweisen. Die Identifikation und Bewertung von Hemmnissen und die Entwicklung von (übertragbaren) Lösungsansätzen wurde mit der Planspiel-Übung in der ersten und der zweiten Werkstatt-Runde erfolgreich umgesetzt. Die Zusammenarbeit und der Austausch mit den Fachressorts der anderen Städte wurden von den Teilnehmenden als hilfreich, praxisorientiert und interessant bewertet. Der fachliche und interdisziplinäre Austausch zwischen unterschiedlichen Kommunen – sowohl interkommunal als auch ressortübergreifend – hat sich für das Thema damit als zielführend und gelungen gezeigt.

Der projektbegleitende Arbeitskreis war in seiner Zusammensetzung und Durchführung ein hilfreicher Ratgeber und fachlicher Begleiter für die Projektarbeit. Gerade im Zuge der Werkstatt-Konzeption und hinsichtlich Anpassungsbedarfen erwies er sich als förderlicher Kompass: Durch ihn konnten wichtige Hinweise aus der Praxis einfließen, wissenschaftlicher und institutioneller Rat gegeben sowie Zwischenergebnisse und das weitere Vorgehen reflektiert und diskutiert werden.

In den folgenden Punkten wurden Veränderungen der ursprünglichen Planung notwendig. Sowohl das schlanke Antragsverfahren und die Begleitung im laufenden Projekt durch die DBU als auch die Durchführung durch das Difu-Team machten es möglich, flexibel auf die veränderten Anforderungen im Projektverlauf zu reagieren. Bei Bedarf konnten so Anpassungen fachlicher, methodischer und finanzieller Art vorgenommen werden.

In Bezug auf die Teilnehmenden wurde das Projekt nicht dem Anspruch gerecht, gleiche Anteile aus allen Bereichen einzubinden: Besonders die Bereiche Straßenbau und Bauordnung waren – vermutlich aufgrund ihrer umsetzenden, prüfenden und weniger planenden Aufgaben und Tätigkeiten – nur schwer für eine Teilnahme zu überzeugen und unterrepräsentiert. Im Projekt wurde die Erkenntnis gewonnen, dass alle Fachbereiche gleichzeitig und gleich stark an einen Dialog-Tisch zu holen sowohl mühsam, zeitintensiv und aufwändig in der Vorbereitung und Planung als auch anspruchsvoll für die Kommunen sind. Der Prozess zur Einwerbung der teilnehmenden Kommunen sowie die anschließende Ansprache und Auswahl der einzelnen Teilnehmenden gestaltete sich aufwändiger und zeitintensiver als vorgesehen. Es hat sich gezeigt, dass – wie erwartet – das Kriterium „Bereitschaft zur Mitwirkung“ das ausschlaggebendste war. Neben der Arbeitszeit, die zur Verfügung gestellt werden muss, stellten die Reisekosten ebenfalls ein Hemmnis für die Zusage der angefragten Kommunen dar. Durch eine Umwidmung von Geldern konnte dieses Hindernis gänzlich überwunden werden.

Zur Bewältigung der Herausforderungen ist eine Anerkennung der Gemeinschaftsaufgabe kommunale Überflutungsvorsorge durch die Stadtspitze erforderlich. Sie sollte die Bedeutung des Themas für die gesamte Verwaltung hervorheben und einen organisatorischen Rahmen inklusive der Frage der Federführung setzen. Nur so kann eine erfolgreiche interdisziplinäre, integrierte Herangehensweise gelingen. Dies haben die Diskussionen gezeigt. Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Städten, wie die geringe Betroffenheit oder die schwache Finanzlage, verstärken mitunter die Notwendigkeit zur Positionierung. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, ist es schwierig quantitativ und qualitativ notwendige Personalressourcen aus den einzelnen Ämtern und Abteilungen zusammenzustellen.

Insgesamt betrachtet war die Konkretisierung in der Planspiel-Übung der ersten Werkstatt-Runde noch nicht ausreichend und wurde konzeptionell für die zweite Runde daher vertieft. Auch gestaltete sich für die zweite Werkstatt-Runde das Finden von geeigneten Beispielen als Arbeitsgrundlage der Planspiel-Übung schwieriger als vermutet: Einerseits sollte die Vergleichbarkeit sichergestellt werden (ein gleiches Beispiel für alle Regionen), andererseits sollten individuelle und relevante Beispiele aus den Kommunen eingebunden werden. Im Ergebnis wurde ein guter Mittelweg gefunden: Ein Beispiel aus Solingen in der Werkstatt West, Beispiele aus Köln für die übrigen drei Regionen. Beide Wege haben schlussendlich funktioniert, beide Wege bergen die oben genannten Vor- und Nachteile. Grundsätzlich sind zwei Arbeitstage (zwei eintägige Werkstätten für alle Kommune) als Übungszeit für die Überflutungsvorsorge zu wenig. In diesem Zeitraum können in der Regel nur Impulse für ein Thema und für die Zusammenarbeit gegeben werden.

Die Ergebnisse, die in den acht Werkstätten mit 15 Städten erzielt wurden, waren für den kurzen Zeitraum daher überraschend vielfältig, beeindruckend tief und überaus zahlreich. Eine Analyse im gesetzten Zeitraum war aufgrund der Fülle daher nicht so umfassend möglich wie gewünscht. Die vertiefte Diskussion und Freigabe von empirischen Ergebnissen durch die teilnehmenden Kommunen als eigener Arbeitsschritt war im Konzept ebenso wenig vorgesehen wie die Rückkopplung der Erkenntnisse mit den einzelnen Städten nach der Werkstatt-

Durchführung eingeplant noch zeitlich möglich war. Beides scheint nach heutiger Sicht aber durchaus sinnvoll für die Untersuchung. Die kritische Überprüfung von Inhalten im Rahmen der Abschlussveranstaltung wurde zugunsten einer groß angelegten, öffentlichkeitswirksamen Präsentation der Ergebnisse in Hamburg verändert. Die positive Resonanz aus Fach- und Expertenkreisen und die breite Wahrnehmung des Themas in der kommunalen Praxis rechtfertigen dieses Vorgehen und untermauern die veränderte Konzeption.

Viele Ergebnisse und Informationen, die vor allem in den Werkstätten, im Rahmen der Abstimmung kommunaler Beispiele für die Broschüre mit 15 Modellkommunen, aber auch im Austausch mit der Stadt Hamburg und weiteren Kontakten im Rahmen der Abschlussveranstaltung gesammelt wurden, konnten im Rahmen der Projektlaufzeit nicht vertieft analysiert und systematisiert werden. Lohnenswert scheint es, die zahlreichen Impulse, die gegeben wurden, weiterzuführen sowie Netzwerke, die durch das Projekt entstanden sind, weiter bei der Umsetzung von Überflutungsvorsorge zu begleiten.

Im Rahmen des Projekts und der Werkstätten konnten auch nicht alle Fragen des komplexen Themas behandelt, geschweige denn beantwortet werden. Insbesondere viele Finanzierungsfragen oder Fragen zu rechtlichen Aspekten mussten offenbleiben. Es wurde deutlich, dass Kommunen oftmals eine sehr individuelle, auf die konkrete Situation vor Ort bezogene Beratung und einen anlass- bzw. projektbezogenen Erfahrungs- und Wissensaustausch benötigen, den das Projekt in diesem Umfang nicht liefern konnte. Darüber ließe sich ein Großteil der offenen Fragen klären, wie z.B. die klare Zuordnung von Flächen zu Kostenträgern und (Haupt-)Nutzern und damit die Klärung von Zuständigkeiten für die Überflutungsvorsorge innerhalb der Verwaltungsstruktur, oder die mögliche Kostenteilung von Maßnahmen. Insgesamt braucht das Thema Überflutungsvorsorge eine stärkere Bewusstseinsbildung. Dies führt zu einer der zentralen Forderungen, die sich aus der Zusammenarbeit mit den 15 Kommunen ableiten lassen: die Fortführung, Intensivierung, Spezifizierung und externe Begleitung des kommunalen Erfahrungsaustauschs zur Überflutungsvorsorge.

Damit entsteht zum Ende des Projektes der Wunsch nach einer Vertiefung vorhandener Analysen und dem Ausbau des Dialogs. Eine Weiterentwicklung sollte infrastrukturelle Aspekte stärker vernetzt denken und die Belange der Überflutungsvorsorge gemeinsam mit der Grünflächenplanung und dem Einbeziehen der verkehrlichen Infrastruktur behandeln. Der thematische Dreiklang „blaue-grüne-graue-Infrastruktur“ würde damit auch den interdisziplinären Dialog der Planer widerspiegeln. Die enge Verzahnung von Strategien und Maßnahmen zur Überflutungsvorsorge mit Konzepten im Bereich der Stadtentwicklung, aber auch mit weiteren Klimaanpassungsmaßnahmen ist für ein integriertes und koordiniertes Vorgehen unabdingbar. Methodisch würden sich z.B. Fokusgruppengespräche als Dialogformat anbieten, zum einen für den Dialog zwischen Experten und Praxis, zum anderen als Fortsetzung des Dialogs der kommunalen Praxis untereinander.

Unabdingbar für den Einstieg in die Überflutungsvorsorge ist ein fachkundiger Input zu möglichen Maßnahmen und Lösungsansätzen. Projekte wie „Kommunale Überflutungsvorsorge –

„Planer im Dialog“ zeigen, dass ein gut angeleiteter Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den unterschiedlichen betroffenen Fachbereichen einen erfolgversprechenden Ausgangspunkt darstellen kann. „Planer im Dialog“ sollten sich nun gemeinsam auf den Weg machen, die begonnene Arbeit vertieft fortzusetzen, mit einer Zukunftsperspektive zu verstetigen und unter Einbeziehen weiterer Kommunen in die Breite zu tragen.

6. Literatur-, Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Literaturverzeichnis

Fürstenberg, Gregor (1994): Planspiele, Mainz.

Klippert, Heinz (2002): Planspiele – Spielvorlagen zum sozialen, politischen und methodischen Lernen in Gruppen. Weinheim und Basel.

Nisipeanu, Peter (2015): Expertise Prof. Nisipeanu (5.10.2015), Anhang 4, S. 155, in: Benden, J., Broesi, R., Illgen, M., Leinweber, U., Lennartz, G., Scheid, C., Schmitt, T.G. (2017): Multifunktionale Retentionsflächen. Teil 1: Wissenschaftliche Grundlagen. MURIEL Publikation, Köln, Darmstadt, Aachen, Kaiserslautern und Hennef.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Arbeitspakete und -schritte und ihre zeitliche Einordnung und Dauer.....	6
Tabelle 2: Sitzungen des projektbegleitenden Arbeitskreises.....	7
Tabelle 3: Übersicht der zwei Werkstatt-Runden in vier Regionen	10
Tabelle 4: Übersicht der 15 am Projekt beteiligten Kommunen	12
Tabelle 5: Termine und Veranstaltungsorte der vier Werkstätten der Runde I.....	13
Tabelle 6: Aufteilung der Teilnehmenden aus den verschiedenen Fachbereichen.....	14
Tabelle 7: Ablaufschema der Werkstätten der Runde I – Neubau.....	15
Tabelle 8: Termine und Veranstaltungsorte der vier Werkstätten der Runde II.....	18
Tabelle 9: Ablaufschema der Werkstätten der Runde II – Bestand	19
Tabelle 10: Aufteilung der Teilnehmenden aus den verschiedenen Fachbereichen	30
Tabelle 11: Fragenkatalog als Basis für die „Sprechstunde“	47
Tabelle 12: Ergebnisse aus den Werkstätten und Erfahrungen aus den Modellkommunen....	54

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Werkstätten des Projekts in der Übersicht.....	12
Abbildung 2: Vorstellung von Projektergebnissen auf der Abschlussveranstaltung.....	26
Abbildung 3: Aufteilung der Teilnehmenden aus den verschiedenen Fachbereichen	28
Abbildung 4: Anliegen und Lösungsansätze aus den Werkstätten	55
Abbildung 5: Aufbereitung der Fragen und Anliegen der kommunalen Fachplaner	58